

Ostmärkische Tageszeitung

Anzeiger für Stadt und Land



(Thurner Presse)

Ausgabe täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis für Thorn Stadt und Vorstädte frei ins Haus vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., von der Reichs- und den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 60 Pf., durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr 2,00 Mk., mit Bestellgebühr 2,42 Mk. Einzelnummer (Belagerungsplan) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gepaltene Kolonielzeile oder deren Raum 15 Pf., für Stellenangebote und Verträge, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 10 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle an eig. außerhalb Westpreußens und Posen und durch Vermittlung 15 Pf.) für Anzeigen mit Platzvorbehalt 25 Pf., im Restmeteil folgt die Zeile 50 Pf., Rabatt nach Tarif. — Anzeigenaufträge nehmen an alle solchen Anzeigenvermittlungstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 1 Uhr mittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinentrage Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Mittwoch den 4. März 1914.

Druck und Verlag der E. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinz Bartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einbringung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einbringungen werden nicht aufbewahrt, unbenutzte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Wie der Fiskus die kommunalen Steuerzahler schützen will.

Die Novelle zum Kommunalabgabengesetz, mit deren Beratung das preussische Abgeordnetenhaus am Montag begann, soll nach ihrer Begründung zwei Hauptaufgaben erfüllen: sie soll den Steuerzahler davor schützen, daß seine berechtigten Interessen in unbilliger Weise denen der Gemeinde geopfert werden. Wer die Taten des Steuerfiskus kennt, wird ihm die Erfüllung der ersten Aufgabe ohne weiteres zutrauen, er wird aber ein ebenso starkes Mißtrauen in seine selbstlose Liebe zu seinem Ausbeutungsobjekt setzen. Und der Fiskus tut recht daran, der städtische wie der ländliche „berechtigten Interessen“ und „unbillige Weise“ verraten den inneren Zwiespalt, in den diese widerstreitenden Aufgaben das fiskalische Herz gebracht haben. Und in der Tat wird der Bürger künftig, wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, nichts mehr zu lachen haben.

Die Vorlage beschränkt die Staatsaufsicht. Genehmigungspflichtig sind vereinst die Zuschlagsbeschlüsse der Gemeinden erst, wenn der Satz von 150 Prozent (statt bisher 100 Prozent) der Einkommensteuer überschritten wird. Eine solche gesetzliche Grenze wird schnell die Norm; die dahinter rückständigen Gemeinden werden den versteckten Vorwurf, daß sie die Einkommensquelle zu sehr schonen, nicht lange auf sich sitzen lassen. Das Drittel der Städte, das diesem Drängen noch standgehalten hat, wird mit Rückschritten dem modernen und „sozialen“ Steuerstandards zweifeln, nein, zugetricben werden.

Daneben schenkt der Fiskus — aus den Taschen der Bürger — den Kommunen die erweiterte Befugnis zur Erhebung von Verwaltungsgebühren und von Beiträgen zur Kostenersatzung, kurz, er befehlt das längst vergessen gebliebene Sportelwesen wieder. Wer sich etwa durch Nichtbenutzung des Behördenapparates darum herumdrücken will, wird wenigstens mittelbar durch die Erhöhung der Marktstandgelde usw. miterfaßt, wenn er nicht gar zu den einzelnen geeigneten Interessenten gehört, deren Sonderbelastung gütigst anheimgegeben wird. Die Straßenanleger, die Willenbesitzer sind angeblich bisher zu gut weggekommen. Die Gesellschaften G. m. b. H. verlieren ihre Gemeindefreierfreiheit. Auf die Bergbauunternehmungen und deren etwaige zu starke Abschreibungen wird mit dem Finger gewiesen. Ist vom Manne die Steuer nicht beizutreiben, so soll die Frau nach ihrem Vermögen für den Ausfall haften. Wer gar etwa stirbt, ohne jeden Pfennig zur Veranlagung ausgebreitet zu haben, der wird in seinen Erben zur Nachzahlung herangezogen; zehn Jahre gilt diese Verbindlichkeit. Gültigerweise freilich nur bis zur Höhe des Erbteils.

Schlimmer als allen aber geht es der bodenständigen Landwirtschaft. Sie soll nämlich vor der Gefahr geschützt werden, „daß sie durch steuerliche Behandlung ihrer Ländereien als Bauplätze zur Umwandlung der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bauland oder zum Verkauf gezwungen wird“. Da habe sich eine „Vorsorge gegen offensichtliche Härten als notwendig herausgestellt“. Um das zu erreichen, „alle Veranlassung vor, der Weiterentwicklung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert freie Bahn zu schaffen“. Von diesem bodenreformatorischen Glaubenssatz bildet der Schutz der Altersnahrung — die längst empfundene — Ausnahme. Deshalb schränkt man sie denn auch im selben § 25 gleich wieder so weit ein, daß er für weite Teile der Monarchie in das Gegenteil umschlägt und einer Vernichtung althergebrachter landwirtschaftlicher Betriebsweise zum Verwecheln ähnlich sieht.

Der geahndeten „offensichtlichen Gefahr“ wird nämlich das Gelände der bodenständigen

Land- und Forstwirtschaft und Gärtnerei allso gleich ausgeliefert, wenn es nicht zwei Bedingungen erfüllt. Die erste ist die, daß sie „von ihren Eigentümern oder deren gesetzlichen Vertretern oder Ehegatten oder ehelichen Abkömmlingen selbst verwaltet werden“. Welch eine Ungeheuerlichkeit! Wie viele Münder wird es geben, deren gesetzliche Vertreter von der Verwaltung eines Gutes nichts verstehen! Aber schlimmer noch als das: Daß ein besonnener Gesetzgeber in Deutschland, das auf eine eigene Ernährung seiner wachsenden Bevölkerung das allergrößte Gewicht legen muß, mit einem einzigen Fingerschlag allen Pachtbesitz der Besteuerung nach dem gemeinen Wert unterwerfen und da dieser Steuerbetrag in der Nähe der Städte meist den Pachtzins übersteigt oder doch erreicht, den Verpächter zur Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung zwingen? Die Bewirtschaftung durch Verpachtung ist in einem großen Teile der Monarchie — namentlich im Westen, — von altersher der Brauch. Bei weitem die meisten Güter dort zerfallen in Pachtgüter bäuerlicher Art. Es gibt dort Rittergüter, die nachweisbar seit Jahrhunderten in dieser Weise bewirtschaftet worden sind. Soll der so geächtete, zahlreiche, prachsvolle, bäuerliche Pächterstand, dessen Erhaltung in den industriellen Gebieten durchaus im staatlichen Interesse liegt, soll dieser tüchtige landwirtschaftliche Mittelstand um der Theorie vom gemeinen Werte willen einfach auf den Aussterbeerat gesetzt werden? Das wäre allerdings eine etwas merkwürdige, um nicht zu sagen groteske Auslegung der jetzt so modernen inneren Kolonisation!

Die andere Bedingung ist nicht minder weittragend und kann darum in der gegenwärtigen Fassung ebensowenig Gesetz werden. Grundstücke nämlich, „die an eine schon vorhandene, zur Bebauung bestimmte öffentliche oder Privatstraße grenzen“, dürfen gleichfalls nicht geschont werden. Kennt der grüne Tisch, der diese Bestimmung ausgesprochen hat, z. B. das bergische Land? Er findet dort die Form der nicht geschlossenen Besiedlung; die Stadtbezirke haben dort zum Teil rein ländlichen Charakter und sind vielfach nichts als eine Zusammenfassung einer großen Reihe kleiner Landgemeinden; sie werden von Provinzialstraßen oder großen Gemeindeftraßen seit Menschenaltren durchzogen, und an ihnen findet, gleichfalls von altersher, hier und da eine geringfügige Bebauung statt. Dort fällt ein großer Teil des bäuerlichen Besitzes und auch des Großgrundbesitzes unter diese Bestimmung, ohne daß deshalb in absehbarer Zeit an eine nennenswerte Bebauung der an diese Straßen angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücke zu denken wäre.

Den Gemeinden darf man die bessere Einsicht hier nicht zumuten. Auch in den Landstädten pflegen die Landwirte nur mit einer Minderheit in der Vertretung zu sitzen, und die Mehrheit hat sich noch immer selbstständig genug gezeigt, um zur eigenen Entlastung die anderen, das heißt hier den Landwirte zu überbürden. Allerdings gibt der Gesetzgeber ihm einen Trost auf den Weg, wenn er zum weißen Stabe greifen muß: „Hier muß sich auch der seine Scholle liebende Landwirt, der vis major der wirtschaftlichen Entwicklung fügt.“ Rücksichtsloser und offener hat wohl noch nie eine Regierungsvorlage sich zur Industrialisierung und Verstädtlichung der heimischen Scholle bekannt! Hoffentlich tut hier der Landtag seine volle Schuldigkeit und reiht dem Entwurf diese Gitzähne aus, mit denen er nicht lebendig macht, sondern tötet.

Politische Tagesschau.

Neuordnung der Serviseinteilung.

Zu der angekündigten Vorlage über die Verlegung von Orten in höhere Ortsklassen meldet der „Volks-Anz.“ ergänzend, daß die dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorliegende Vorlage eine anderweitige Regelung für mehr als 30 Orte vorsieht. Unter diese dürften auch

drei Berliner Vororte fallen, ferner Hamburg, Altona, Barmen, Koblenz, Elberfeld und Nürnberg.

In der zweiten badischen Kammer begründete am Montag Abg. Dr. Frankmann eine sozialdemokratische Interpellation betreffend die Militärgerichtsbarkeit, den Waffengebrauch des Militärs und dessen Mitwirkung bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. In Beantwortung der Interpellation erklärte Minister des Innern Freiherr von Bodman, die rechtliche Grundlage für den Waffengebrauch des Militärs gründe sich in Baden auf den Paragraphen 13 der Militärkonvention von 1870 zwischen Preußen und Baden. Derselbe darf ein Waffengebrauch des Militärs nur erfolgen, wenn die Zivilbehörden das Militär anrufen. In die badischen Bestimmungen wurde die Anordnung der preussischen Kabinettsorder von 1820 nicht aufgenommen. Ein Einschreiten des Militärs aus eigenem Recht ist im allgemeinen nicht statthaft, nur wenn im Falle eines Aufruhrs die Zivilbehörde nicht in stande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Die preussische Militärbehörde hat sich damit einverstanden erklärt. Für die in Baden stehenden Truppen gelten nur die landesgesetzlichen Bestimmungen, das hat auf Anfrage auch das Kriegsministerium bestätigt. Hierauf trat das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein, wobei sich sämtliche Parteien auch die sozialdemokratische, von der abgegebenen Regierungserklärung befriedigt erklärten.

Graf Berchtold in München.

Am Montag gab Graf Berchtold bei den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und bei den in München beglaubigten Gesandten seine Karte ab. Später machte er dem Grafen von Hertling einen Besuch und wurde dann von dem Kronprinzen Rupprecht in Audienz empfangen. Der König und die Königin empfingen ihn mittags in der königlichen Residenz.

Gesetz gegen die Soldatenmißhandlungen in Bayern.

Der bayerische Kriegsminister hat einen Erlaß an die Militärbehörde gerichtet, worin strenges Einschreiten gegen alle Fälle von Soldatenmißhandlungen oder vorvorschriftsmäßige Behandlung durch Vorgesetzte gefordert wird. Der Kriegsminister erklärt, daß er mit unnachlässiger Strenge gegen jeden einschreiten werde, den durch nachlässige Pflichtauffassung eine Mißhandlung an einer unwürdigen Behandlung der Mannschaften trifft.

Kardinal Kopp im Sterben.

Ein Telegramm aus Troppau meldet: Die den Kardinal Kopp behandelnden Ärzte gaben Montag Abend um 6 Uhr folgenden Bericht aus: Der Zustand des Patienten ist hoffnungslos. Sein Leben zählt noch Stunden. Die Agonie ist bereits eingetreten.

Der Generalausstand in Valencia beendet.

Nach amtlichen, vom Minister des Innern bestätigten Nachrichten aus Valencia ist der dortige Ausstand infolge einer Einigung zwischen der Stadtverwaltung und den Steuerpflichtigen beendet, alle Unternehmungen haben den Betrieb wieder aufgenommen.

Die Ermordung des englischen Untertanen Benton in Mexiko.

Die mexikanische Gesandtschaft in Berlin hat vom Ministerium des Äußeren in Mexiko folgendes Telegramm erhalten: Die Ermordung des englischen Untertanen Benton durch General Villa bestätigt sich. Benton hat sich zu Villa begeben, um ihn zu ersuchen, daß die Rebellen die Wegnahme seines Eigentums unterlassen sollten. Die mexikanische Regierung richtete aus diesem Anlaß ein Rundschreiben an die fremden Gesandtschaften in Mexiko und eine Note nach Washington, worin sie kundgibt, daß die Vereinigten Staaten Schuld hätten, da die mexikanischen Rebellen von den Vereinigten Staaten Waffen erhalten, trotzdem diese unter

politischen Vorwänden Verbrechen begehen, während die gesetzmäßige Regierung die größten Opfer bringe, um Eigentum und Interessen der Einheimischen zu schützen.

Saiti und die Union.

Staatssekretär Bryan hat bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten die Regierung von Saiti unter dem Präsidenten Zamor alsbald anerkennen werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. März 1914.

— Se. Majestät der Kaiser nahm Montag Vormittag im Berliner Schloß die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini und des Ministers der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach entgegen.

— Wie alljährlich nahm auch Sonnabend wieder der Kaiser an dem traditionellen Mahl der Landwehroffiziere in deren Kasino zu Charlottenburg teil. Generalleutnant von Süßkind empfing den Kaiser, den u. a. Generaloberst von Pleßen und der kommandierende General des 3. Armeekorps Eggenz von Loßthou, begleiteten. Nach einer Reihe musikalischer sowie heiterer Vorträge der verschiedensten Art fand im Hohenzollernsaal das Festmahl statt. Erst gegen 11 Uhr abends verabschiedete sich der Kaiser.

— Der Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg empfing am Sonnabend Nachmittag den neuernannten bulgarischen Gesandten, Generalleutnant und Generaladjutant Marlow.

— Das preussische Staatsministerium ist am Montag zu einer Sitzung zusammengetreten.

— Geheimrat Rießer, der Präsident des Hansabundes, ist von seiner Amerika-Reise zurückgekehrt.

— Ökonomierat von Tellemann, Mitglied des Herrenhauses, ist in Naumburg im Alter von 74 Jahren gestorben.

— Bei der Anlegung von Sparkassenbeständen in Reichs- und Staatspapieren dürfen, einer Verfügung des Ministers des Innern zufolge, keine höheren Beträge Verwendung finden, als es das Gesetz oder darüber hinausgehend eine ausdrückliche Satzungsbestimmung ihnen vorschreibt. Hat eine Sparkasse also satzungsgemäß 30 Prozent in Inhaberpapieren anzulegen, während der gesetzliche Mindestbetrag für sie 20 Prozent sind, so ist der Anteil an Reichs- und Staatspapieren, sofern er in der Satzung nicht ausdrücklich höher vorgeschrieben ist, auf $\frac{1}{3}$ von 20 Prozent, also auf 12 Prozent zu bemessen.

— Der Katholikentag 1915 wird höchstwahrscheinlich nach 20jähriger Pause in München tagen.

— In dem am Donnerstag den 5. März vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Verhandlung gelangenden Prozeß gegen die Redakteure der „Welt am Montag“ Alfred Scholz und Hans Leuß wegen Beleidigung des Kronprinzen hat der Vertreter beider Angeklagten, Justizrat Dr. Bernau den Antrag gestellt, den Oberst von Reuter, jetzt in Frankfurt a. O. als Zeugen zu laden. Die Anklage wird der erste Staatsanwalt am Landgericht, Oberstaatsanwalt Dr. Chreczinski, vertreten. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Hofmeister führen.

Hamburg, 2. März. Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg ist heute Abend kurz vor 7 Uhr der Einladung des Senats entsprechend, auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen, wo er von dem preussischen Gesandten von Bülow empfangen wurde. In der Begleitung des Reichskanzlers befinden sich Unterstaatssekretär Wahnschaffe und Oberleutnant Freiherr von Sell. Der Reichskanzler nimmt in der preussischen Gesandtschaft Wohnung.

Odenburg, 1. März. Der Landesverband des deutschen Flottenvereins hielt heute unter Leitung des ersten Staatsanwalts Riesebieter seine Hauptversammlung ab unter Beisein des Großadmirals von Roeder und des Admirals Weber. Der Großherzog konnte wegen Krank-

heit nicht erscheinen. Großadmiral von Koester betonte die Notwendigkeit des Ausbaues der deutschen Flotte einmal, um den Nachbarflotten das Gleichgewicht zu halten, und dann, um der Weltstellung des deutschen Reiches Nachdruck zu verleihen. Der Großherzog verlieh dem Großadmiral das Großkreuz mit der goldenen Krone des obdenburgischen Hausordens und dem Admiral von Weber den Großkomthur desselben Ordens.

Strasburg, 2. März. Der heutige Polizeibericht meldet: Gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr verübte eine größere Anzahl von Soldaten (Pioniere) in mehreren Wirtschaften am Fischerstaden und in der Krutenaustraße einen derartigen Skandal, daß mehrmals eingeschritten werden mußte. Es wurden auch Sachbeschädigungen verübt. Zivillisten sind an der Sache nicht beteiligt. Anzeige ist erstattet worden.

Vom Balkan.

Der Fürst von Albanien ist von Petersburg wieder in Berlin eingetroffen.

Die aufständische Bewegung im südlichen Albanien. Aus Kolonia wird gemeldet: Die griechischen Verwaltungs- und Militärbehörden haben strenge Maßnahmen getroffen, um jede aufständische Bewegung zu vereiteln. In Santi Quaranta wurde die Autonomie proklamiert. Die griechischen Behörden wurden abgelehnt. 1200 Infanteristen haben sich der Stadt bemächtigt. Der griechische Gouverneur meldet, er sei außerstande, der Bewegung Herr zu werden. Auch in Delvino ist der Zustand ausgebrochen. In der Stadt befinden sich 1500 bewaffnete Infanteristen. Weitere 2000 umlagern die Stadt. Die griechische Garnison ist sehr klein. Der Kommandant telegraphierte, er fürchte, die Garnison werde den Gehorjam verweigern. General Papulas erklärte am Sonntag den Bewohnern von Koriza, daß die griechische Regierung infolge höherer Gewalt die Räumung Korizas angeordnet habe und daß der König mit Rücksicht auf die hohen nationalen Interessen wünsche, daß die Bewohner von Koriza die albanische Verwaltung annehmen. Die Einwohner erbat die Angabe von Orten, wohin sie auswandern könnten. General Papulas erklärte ihnen ausdrücklich, daß der König, jedermann verbiete, das Land zu verlassen. Alle hätten in ihrer Heimat zu verbleiben. Mehrere Personen sind ungeachtet des Rates der Regierung nach Saloniki ausgewandert. Andere wollen sich nach Amerika einschiffen. Eine offizielle Athener Mitteilung besagt: In den Distrikten Kolonia und Koriza herrscht Ordnung. In den Distrikten Delvino und Argrocastro ist die Bevölkerung in großer Aufregung. Die Regierung erklärte neuerlich, daß sie ihr Versprechen, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, halten werde. Sie empfiehlt den Behörden, die revolutionären Behörden nicht anzuerkennen und ihren Posten nicht zu verlassen, jedoch jedes Blutvergießen zu vermeiden und keine Zwangsmaßnahmen gegen die Führer der revolutionären Regierung zuzugreifen, die gegenwärtig die Garantie für eine weise und gemäßigtere Haltung bieten. Eine Verhaftung Papulas würde Personen zu Führern der Bewegung machen, die die Dinge auf die Spitze treiben könnten. Der Gouverneur von Koriza, Oberst Kondulic, telegraphiert, er habe am Montag um 3 Uhr nachmittags Koriza den Vertretern der albanischen Regierung übergeben.

Provinzialnachrichten.

Neumark, 1. März. (Aufgehobene Beschlagnahme. Militärlicher Feuerungsaustrag.) Die Beschlagnahme des Schauspielers „Landesvertreter“ von Schultat Hoppe in Neumark wurde am Freitag aufgehoben. Das Werk ist sowohl für den Buchhandel, als auch für die Aufführung in Tilft freigegeben. — Einen größeren Feuerungsaustrag von dem Befehlshaber des 17. Armeekorps hat auch die hiesige freie Schneideerinnung erhalten, nachdem im verfloßenen Jahr bereits in einigen Nachbarstädten den Schneideerinnungen Aufträge überwiesen worden waren. Der erste Auftrag besteht in der Beförderung von 1000 festgedruckten Tuchhosen. Der Stoff nebst den nötigen Futterstoffen wird den Meistern fertig zugeschnitten hierher geliefert; sie erhalten für jede fertige Hose 2,80 Mark.

Kolalnachrichten.

Thorn, 3. März 1914

(Der Ganturntag des Oberweischelgaues der deutschen Turnerschaft) fand am Sonntag in Schleusenau statt. Dem Ganturntag ging eine Ganturnrats-sitzung am Vormittage voraus. Die 43 zum Gau gehörenden Vereine hatten 74 Vertreter entsandt. Aus dem Bericht des Gauvorsitzers ist zu entnehmen, daß der Gau 3274 steuerpflichtige männliche Mitglieder angehört. An Turnplatzbesuche weist der Gau 65 169, 23 649 mehr als im Vorjahre auf. Zu den Frauenabteilungen gehören 318 steuerpflichtige Mitglieder. Von den Mitgliedern der Männerabteilung wurden 191 in das Heer eingezogen. Der Antrag des Turnvereins Thorn, nach dem jeder Verein verpflichtet ist, für alle seine steuerpflichtigen Mitglieder das Kreisblatt des Turnkreises I zu halten, wurde abgelehnt, aber beschlossen, daß jeder Verein verpflichtet ist, für 25 Prozent seiner Mitglieder das Kreisblatt zu halten. Dieser Beschluß gilt vorläufig auf ein Jahr. Beschlüsse wurden, den Gau in selbständige Turnbezirke mit eigenem Vorstand einzuteilen. Zum 1. Ganturnwart wurde Laabs-Thorn, zum 2. Kraut-Thorn, zum 1. Gauvertreter Dr. Hofnagel-Thorn und zum Gaukassenwart Krampitz-Thorn wieder bezw. neu gewählt. Der nächste Ganturntag soll in Bromberg stattfinden.

(Fräulein Dr.) Fräulein stud. med. Elli Wingendorf, die zweite Tochter des Herrn Gemeindevorstand Wingendorf in Thorn, hat am 17. Februar d. Js. das „Hypitum“ an der Universität Heidelberg mit „gut“ bestanden und am 2. März d. Js. ist von der gleichen Universität die älteste Tochter dieses Herrn, Fräulein Medizinalpraktikantin Irene Wingendorf, zum Dr. med. mit dem Prädikat „Magna cum laude“ promoviert worden.

(Kirchenchor von St. Georgen.) Am Sonnabend veranstaltete der Chor im „Goldenen Löwen“ zu Thorn-Moder ein Winterfest, das gut besucht war. Herr Bezirkschorleitermeister Gretz begrüßte in einer Ansprache die

Erschienenen und hat, die Darbietungen des noch jungen Vereins freundlich aufgenommen. Das Programm brachte außer dem Instrumentalkonzert Solovorträge (Frau Krüger, Fräulein Schäfer), ein Duett, Lieder für Frauenchor und Männerchor und Liedert für gemischten Chor, darunter das Westpreußenlied, die unter Leitung des Herrn Lehrer Matern gut vorgetragen wurden und lebhaften Beifall fanden. Coupletvorträge, Tanz, Kaffeepause mit Saalpost sorgten für weitere Unterhaltung, sodaß das Fest einen schönen, allseitig befriedigenden Verlauf nahm.

(Wohltätigkeitsbasar.) Zum besten des Vereins „Jugendklub“ findet morgen, Mittwoch, ab 4 Uhr nachmittags, im Artushof ein Basar in Form einer Kirmees statt, worauf hiermit noch besonders hingewiesen sei. Eintritt 50 Pfg. für Kinder 25 Pfg.; für Erfrischung und Belustigung ist reich gesorgt.

(Der Thorer Mozartverein) veranstaltet, wie schon mitgeteilt, am 6. März im Artushof eine öffentliche Aufführung des Oratoriums „Das Paradies und die Peri“ von Robert Schumann. Als Solisten hat der Verein außer hiesigen geschätzten Kräften namhafte auswärtige Künstler gewonnen. Die umfangreiche Partie der Peri hat Fräulein Elisabeth Dhlhoff aus Berlin übernommen, über deren künstlerische Fähigkeiten ausgezeichnete Kritiken vorliegen. So schreibt die „Kölnische Zeitung“ unterm 29. November 1911: „Fräulein Dhlhoff aus Berlin ist eine der wenigen Sänginnen, die eine große, ideal schöne Sopranstimme besitzen, diese geistvoll beherrschen und souverän über ihrer Aufgabe stehen. Alles klingt bei ihr mühelos und selbstverständlich in absoluter Tonreinheit. In ihren Reitationen, Erzählungen und Ensemblestücken gab sie Beweise ihrer wundervollen Vortragstüchtigkeit, Atemführung und Deklamation.“ Die „Dresdener Allgemeine Zeitung“ schreibt unterm 13. Februar 1913: „Elisabeth Dhlhoff ist stimmlich und musikalisch ein ganz hervorragendes Talent. Ihr Vortrag ist einfach und natürlich, und doch versteht sie den Stimmungsgehalt jedes einzelnen Liedes klar zur Darstellung zu bringen, und dadurch wird jedes Lied — und sei es noch so klein — ein Bild in Tönen.“ Der Vertreter der Tenorpartie, Herr Erich Suckmann aus Berlin, ist ein Schüler des berühmten Kammeränglers Knöpfer und hierdurch sowie durch die vorgenannte Künstlerin bestens empfohlen. Herr Weibern ist bei uns von seiner großartigen und eindringlichen Gestaltung der Rolle des Hohenpriesters aus der „Jerusalem“ her noch in bester Erinnerung. Der „Danziger Tages-Anzeiger“ berichtet unterm 25. Oktober 1910 über eine Aufführung von „Paradies und Peri“: „Herr Hermann Weibern, der Interpret der Bassrolle, hat ein edel männliches, kernkräftiges Organ, voll prächtiger Melanz und von adeligen Charakter.“ Und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist unterm 14. Februar 1911 zu lesen: „W. ist der glückliche Besizer einer ungewöhnlich schönen Baritonstimme und hat sie in fleißigem Studium zu einem gefügigen Werkzeug gemacht. Sein Programm vertritt einen vornehmen Künstlergeschmack.“ Die „Börsen-Zeitung“ zählt ihn zu unseren besten Konzertänglern, und in der „Täglichen Rundschau“ war er unlängst als einer der musikalischsten Bassbaritonisten bezeichnet. Der Besuch des Konzerts sei daher allen Musikfreunden angelegentlich empfohlen.

(Der Verein ehem. Artilleristen) hielt gestern Abend im altdeutschen Zimmer des Schützenhauses die Hauptversammlung ab, die gut besucht war. Anlässlich der Beförderung des 1. Vorsitzers, Herrn Landrichters Leutnant der Res. Dr. Truppner, zum Oberleutnant war dessen Platz festlich geschmückt. Der Vorsitzender dankte für die Ehrung und eröffnete die Sitzung mit einem Hoch auf den obersten Kriegsherrn. Neu aufgenommen bzw. eingeführt wurden vier Herren. Die von der Kommission vorgeschlagenen Niederbücher werden von den Offizieren des Vereins gestiftet werden. Die Hausstapel wird im Mai einen Familienabend veranstalten, dessen Reinertrag dem Jagnfonds zufließen soll. Laut Jahresbericht, den der Schriftführer erstattete, zählt der Verein 78 Mitglieder, darunter 9 Offiziere, ist also in ständigem Wachstum begriffen. Laut Kassenbericht ist ein Bestand von 133 Mark vorhanden. Dem 1. Schriftführer und 1. Kassensführer wird für ihre mühevollen und hingebende Tätigkeit der Dank des Vereins ausgesprochen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Landrichter Dr. Truppner, 2. Vorsitzender Stadtdirektor König, 1. Schriftführer Polizeiaffizient Oskewitz, 2. Schriftführer Expedient Bauer, 1. Kassensführer Katschellan Köstler, 2. Kassensführer Restaurateur Weismann; Beisitzer Kaufmann Glümann, Kaufmann Görken und Kantinenpächter Stabenow; Mitglieder des Vergnügungsausschusses die Herren Görken, Köstler, Kupnow und Gröger; Rechnungsprüfer die Herren Jenz, Jarmath und Wegner. Zu Abgeordneten des im Sommer in Thorn stattfindenden Bezirkstages wurden die Herren Dr. Truppner und Oskewitz, zu deren Stellvertretern die Herren König und Bauer bestimmt und ein Tagelohn von 5 Mark bewilligt. Der Antrag betr. Wahl eines Abteilungsleiters wurde verlagert. An die geschäftliche Sitzung schloß sich ein Kommerz, bei dem die Herren Stadtrat Dr. Hoffmann und Amtsrichter Hofer abwechselnd geleitet, bei dem vorzüglichen Konzert der Hausstapel und verschiedenen fähigen Freizeiter in schönster Weise verließ. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag den 2. April im „Tivoli“ statt.

(Baltischer Rasensport-Verband.) Am Sonntag Nachmittag fand im Artushof eine Tagung des Bezirks 3 des baltischen Rasensportverbandes unter Vorsitz des Herrn Fabrikdirektors Schurz-Thorn statt; vertreten waren sämtliche Vereine des Bezirks. Auf der Tagesordnung stand als wichtigster Punkt die Propaganda. Es wurde beschlossen, in Cullm, Schwetz, Rheden und Bromberg eine eifrige Werbetätigkeit zu entfalten; auch wird Dr. Bauwens-Röhl in den Städten der Ostens Vorträge über die Technik des Spieles halten und in Bromberg und Thorn auch über die Olympiade 1916 sprechen. Die Bezirksspiele werden in zwei Klassen stattfinden. Der Termin für das Bezirks-Rasensportfest in Marienwerder wurde auf den 28. Juni festgesetzt. Ein Geländelauf für den ganzen Bezirk wird am 5. April stattfinden; an ihm können sich auch dem Verbands nicht angeschlossene und andere Vereine beteiligen. In den Vorstand wurden neu gewählt als Schriftführer Telegraphenoberassistent Masche-Thorn, als Beisitzer Gymnasialdirektor Dr. Zittner-Culm, Seminarlehrer Zimmermann-Graudenz und Kaufmann Reinhold-Bromberg. — Vor der Tagung hatte auf dem Rasensportplatz der Pioniere ein Fußballspiel zwischen dem neuen Sportverein Cullm und „Bistula“ Thorn stattgefunden, bei dem „Bistula“ mit 11 : 1 siegte. Am nächsten Sonntag beginnen die

Bezirksspiele mit einem Spiel in Thorn zwischen „Bistula“ Thorn und Sportverein Hohen-laha.

(Die Thorer Jugendwehr) hält am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Bürgergarten“ (kleiner Saal) ihre Monats-sitzung ab. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.

(Hirsch-Dunker'scher Gewerkschaftsverband.) Zu dem Vortrage des Herrn Hinz über Krankenpflichten und -rechte ist zu berichten, daß die wegen Entbindung von der Versicherungspflicht in Frage kommenden Dienstherren 500 bzw. 750 Mark als Sicherheit zu hinterlegen haben, welche zinsbringend untergebracht werden, aber nicht dem Siechenhause zur Verfügung gestellt werden können.

(Thorer Stadttheater.) Aus dem Theaterbureau: Donnerstag ist zum ersten Male, neu einstudiert, „Die schöne Helena“ von Offenbach, in neuer Inszenierung und Ausstattung. Das Meisterwerk der französischen Buffo-Oper ist hier seit mehreren Jahren nicht mehr im Repertoire erschienen. Freitag ist die zweite Wiederholung von „Die spanische Fliege“, deren Lacherfolg mit jeder Aufführung wächst.

(Vier Fahrraddiebstähle) sind in der Nacht zum Montag in Thorn-Moder verübt. Aus dem verschlossenen Keller des Hauses des Besitzers Herrn Lanauer in der Graudenzerstraße wurden zwei den Arbeitern Cieminski und Zielenki gehörige Räder entwendet, ferner ein dem Bauunternehmer Heinrichs gehöriges Rad aus dem unverschlossenen Flur des Hauses Kondulitstraße 30, und ein dem Photographen Suifowski gehöriges Rad aus dem ebenfalls unverschlossenen Flur des Hauses Bergstraße 8.

(Gesunden) wurden ein Schlüssel und ein goldener Kneifer.

(Der Polizeibericht) verzeichnet heute drei Arrestanten.

Podgorz, 3. März. (Verschiedenes.) Ein Kostüm-fest fand am Sonnabend im Schützenhaus des Brauereibesizers in Swenitz statt, zu welchem der Andrang des Publikums ein ganz gewaltiger war. Die beiden ersten Bataillone des 140. Infanterie-Regiments aus Hohenlaha haben das Barakellager verlassen. Heute ist das dritte Bataillon auf dem Schießplatz eingetroffen, um Schießübungen abzuhalten. — Zum Verwalter des Schießplatz-Postamtes ist Postassistent Leng von hier ernannt worden.

* Aus dem Landkreis Thorn, 3. März. (Dem Gute Ostschau, früher Ostaszewo,) dem Majoratsbesitzer Okonierat von Wegner gehörig, hat der Kaiser durch Urkunde vom 2. Februar d. Js die Eigenschaft eines Rittergutes verliehen.

Boobier.

Die Zeit des Boobiers ist wieder da. Der Ehrsame Brauer zu Einbeck in Hannover hätte sich vor fünf Jahrhunderten gewiß nicht träumen lassen, daß sein Brau zu solcher Ausbreitung und so großem Ruhm gelangen werde. Denn das „Boo“ von der Stadt Einbeck seinen Namen hat, daran zweifelt jetzt kein Sprachkundiger mehr. Freilich, die Volkslage kümmert sich um ernste Sprachstudien nicht, sie glaubt noch immer an den „Bod“, der den allzu eifrigen Boderehrer löst. Sie weiß zu erzählen von einem Münchener besuchenden Engländer, dem das Münchener Bier zu leicht war. Darob ergrimmte der Münchener Braumeister, und er braute ein Bier, wüzig und stark. Als dieses der Engländer trank, leg es ihm in den Kopf und raubte ihm die Herrschaft über seine Füsse; so daß er der Länge nach auf dem Boden lag. Der Braumeister brach ob des Besiegten in ein lautes Gelächter aus, der Engländer aber raffte sich auf, wies auf den Ziegenbock des Braumeisters, der fre' herumlief, und schrie: „Das Bier war nicht schuld, der Bock da hat mich gestochen!“ Und wie dem nannte man jedes besonders stark eingebrachte Bier „Boobier“. Ähnlich lautet eine andere Volkslage. Hier ist es ein braunhaarbiger Ritter, der über das leichte Münchener Bier ipotete und mit dem Braumeister die Wette einging, er werde nach dem Genuß des stärksten Münchener Braus noch imstande sein, auf einem Bein stehend, Zwirn in eine Nadel einzufädeln. Der Braumeister braute ein so starkes Gebraun, und es mundebe dem Braunschweiger so gut, daß er mit dem Einfädeln nicht fertig werden konnte, sondern zu Boden fiel. Als er sich aber aufraffte und von dem biedereren Braumeister weidlich ausgelacht wurde, rief er, indem er auf des Braumeisters Ziegenbock zeigte: „Der Bock hat mich gestochen!“ So amüsanz nun auch diese Sagen sind, so stammt doch der Name Boobier von dem schon im Mittelalter berühmten und allseitig geschätzten Einbecker Bier her; der Name Einbecker Bier wurde im Laufe der Zeit in „Einbockier“ verunstaltet und schließlich in „Boobier“ gekürzt.

Thorer Schwurgericht.

Gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr begann die Verhandlung gegen die russische Saisonarbeiter, unverschuldet Hedwig Jablonzki aus Bierzbica, Gouvernement Warchau, wegen Kindesaussetzung mit Todesfolge. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Rufenbauer. Die Angeklagte, die in Rauben bei Pelpin in Arbeit stand, hatte am 29. Mai ein uneheliches Kind weiblichen Geschlechts geboren. In November entschloß sie sich, in die Heimat zurückzukehren. In der Nacht zum 16. November traf sie in Lautenburg ein. Am nächsten Morgen setzte sie ihr Kind am südlichen Kirchhof aus und zwar an der von der Straße abgewandten Seite, damit es nicht so bald entdeckt werden könnte. Sie selber schritt nun der Grenzstation zu. Erst gegen Abend wurde das Kind zufällig durch den Arbeiter Hofnke, der auf dem Felde zu tun hatte, aufgefunden. Er rief die Frau Brzejniski herzu, die das Kind nach dem zunächst gelegenen Hause brachte. Das Kind lag in einem Kopfkissen und war mit einem Tuch bedeckt. Der Rücken war noch warm, während die anderen Körperteile bereits erstarrt waren. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht mehr, das arme Wesen ins Leben zurückzurufen. Der unnatürlichen Mutter gelang es indes nicht, über die Grenze zu entkommen. Auf der Zollkammer wurden ihre Papiere nicht in Ordnung befunden, weshalb sie angefaßt und der Polizei übergeben wurde. Sie ist geständig und entschuldigt sich mit ihrer großen Nothlage. Damit war es aber nicht so schlimm, da sie doch im Besitz von Geld war. Der Sachverständige Kreisarzt Dr. Göhlmann-Strasburg gibt an, daß das Kind infolge eines chronischen Darmatarrhs bis zum Sterben abgemagert war. Wunden an den Schenkeln deuteten auf eine mangelhafte Wartung hin. Im Magen wurde ein Knäuel von Wollfäden gefunden. Offenbar hat das Kind vor Hunger an dem Tuche gelutet. Aus den Därmen war zu er-

sehen, daß das Kind längere Zeit keine Nahrung erhalten hatte. Die Darmtränheit, die schon ein gewisses Stadium überschritten hatte, würde wohl den Tod nicht unbedingt herbeigeführt haben. Jedenfalls haben infolge der Auslegung Hunger und Kälte den Tod beschleunigt. Die Schuldfragen, die den Geschworenen vorgelegt werden, lauten dahin, ob die Angeklagte der Kindesaussetzung schuldig ist und ob durch diese der Tod des Kindes verursacht wurde. Der Staatsanwalt hat das Kind fragen zu bejahen. Die Angeklagte hat das Kind in hilfloser Lage an einem Orte zurückgelassen, wo es nach menschlicher Voraussicht nicht so bald gefunden werden konnte. Daß sie den Tod wollte, ist nicht einmal angenommen, sonst hätte ja die Angeklagte auf Wort lauten müssen. Nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen sei es außer Zweifel, daß die Auslegung den Tod des Kindes herbeigeführt hat. Der Verteidiger behauptet, daß die Auslegung den Tod des Kindes herbeigeführt hat. Der Verteidiger behauptet, daß die Auslegung den Tod des Kindes herbeigeführt hat. Der Verteidiger behauptet, daß die Auslegung den Tod des Kindes herbeigeführt hat.

In der heutigen Sitzung fungierten als Beisitzer Landrichter Erdmann und Assessor Pflanz. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Wellmann. Als Geschworene wurden ausgeselzt: königl. Domänenpächter Braumann-Wamerwig, Rentier Buchholz-Briesen, königlicher Baurat Köppler-Thorn, Professor Gymnasiallehrer Gerlach-Thorn, Baugewerksmeister Hoffmann-Thorn, Rittergutsbesitzer Hoffmann-Babalig, Fabrikbesitzer Rudent-Lautenburg, Rittergutsbesitzer Erdmann-Rifin, Rentier Romann-Thorn, Rittergutsbesitzer Schmelzer-Galsburg, Administrator Wolke-Schwirsen und Beisitzer Widert-Gurske. Aus der Untersuchungsakten vorgeführt war der Arbeiter Friedrich Thoms aus Faltenstein, um sich wegen Brandstiftung zu verantworten. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Hoffmann. Nach dem Eröffnungsbeschluss ist der Angeklagte beschuldigt, am 29. November d. Js. einen dem Anstifter Fleming in Dreilinden gehörenden Strohhalm in Brand gesetzt zu haben. Da der Angeklagte die Tat bestritt, so ist zu seiner Überführung eine große Anzahl Zeugen geladen. Die Gemeindevorsteher Zietze aus Dreilinden und Schmelzer aus Faltenstein sind als Zeugen und Polizeikommissar Bogel aus Graudenz als Sachverständiger bestellt. Der Angeklagte war in der betreffenden Zeit bei einem Brennbaun in Ramna beschäftigt und fuhr, da es Sonnabend war, per Rad nach Hause. In Cullmsee hatte er sich etwas angekränkt. Da der Weg infolge Regenwetters glitschig war, so ließ er einige Kilometer vor seinem Wohnorte das Rad bei seinem Schwiegervater ausrollen und setzte den Weg zu Fuß fort. Angeblich weil da zu viele Wasserlöcher waren, verließ er den öffentlichen Weg und ging quer über eine Feldmark der Bahnlinie zu. Hierbei kam er an dem Strohhalm des Besitzers Fleming vorbei, der kurz darauf in Flammen stand. Der Angeklagte, der anfangs behauptete, er wäre den Landweg gegangen, gab später wenigstens zu, an dem Staken vorbeigekommen zu sein. Er gibt auch die Möglichkeit zu, daß durch das Wegereisen seiner brennenden Zigarette das Feuer entstanden sein könnte. Die Beweisnahme gestaltete sich für den Angeklagten sehr belastend. In der Nähe der Brandstelle wurde nämlich eine Fußspur entdeckt, die zur Bahnlinie führte. Daß diese Spur nicht wie sonst bei Bränden üblich, zertraten war, hatte daran gelegen, daß bei der damaligen Windrichtung der Qualm nach dieser Seite gezogen und einen Aufschalt dort nicht gestattet hatte. Polizeikommissar Polzin und Polizeiergeant Säulz aus Cullmsee stiegen durch den Polizeihund die Spur aufnehmen, die zum Hause des Angeklagten führte. Hier ging der Hund allerdings zunächst eine Treppe hinauf, wo andere Familien wohnten, lehrte aber bald zurück und drang in die Wohnung des Angeklagten, den er besuchte. Als der Angeklagte aufgefordert wurde, seine Stiefel zu zeigen, brachte er ein Paar Schuhe hervor, und dann nur zögernd ein Paar nasse und beschmutzte Stiefel hinter dem Ofen hervor, die in der Größe genau mit den Spuren übereinstimmten. Dann gelang es ein, am Staken vorbeigekommen zu sein und eine glimmende Zigarette hineingeworfen zu haben. Überhaupt machte er an dem Tage einen schuldlosen Eindruck, legte auch weinend den Kopf auf den Tisch und klagte, was aus seinen armen Kindern werden sollte. Auch äußerte er, es müsse ihn gerade der Teufel an dem Staken vorbeigeführt haben. Die Beweisnahme bringt auch etwas Licht über die Beweggründe der Tat. Der Angeklagte hatte früher im Gemeinbehaus zu Dreilinden unjont gewohnt. Durch Beschluß der Gemeindevertretung wurde ihm die Wohnung gelunndigt, da er imstande schien, sich ohne Armenunterstützung durchzufehlageln. Bei diesem Beschlusse hatte auch der Anstifter Fleming als Schöffe mitgewirkt. Der Angeklagte hatte damals allerlei Drohungen ausgesprochen. Die beiden Gemeindevorsteher sind der Ansicht, der Täter müsse jedenfalls trodenes Stroh herangezogen und angezündet haben. Fährlosigkeit durch Wegereisen der Zigarette komme wegen der Windrichtung nicht in Frage. Der Sachverständige Bogel erörtert den Wert der Polizeihunde. Er gibt die von der Verteidigung bestrittene Möglichkeit zu, daß nach weit mehr als sechs Stunden der Hund noch die Witterung aufnehmen könne. Bei dem Standnis des Angeklagten, daß er an dem Staken vorbeigekommen sei, spiele der Hund ja keine erhebliche Rolle, ebensov wenig die Fußspuren, deren Messung außerordentlich schwierig ist. Die den Geschworenen vorgelegten Schuldfragen beziehen sich auf vorläufige und schließliche Brandstiftung. Der Staatsanwalt bittet die ertlere Frage zu bejahen, da nach dem Gutachten der Sachverständigen die Entzündung durch eine brennende Zigarette nicht möglich war. Der Verteidiger führt aus, das Geständnis sei dem Angeklagten künstlich entlockt und daher wertlos. Da weber bitte beide Schuldfragen zu verneinen, die durch den Polizeihund noch durch die Fußspuren die Schuld des Angeklagten erwiesen sei. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten unter Brandstiftung mildernden Umständen der vorläufigen Brandstiftung schuldig. Darauf beantragt der Staatsanwalt 3 Jahre Gefängnis. Wenn auch der Angeklagte nicht allzu groß sei, so sei ein Verlust von 1000 Mk. doch für einen kleinen Besitzer empfindlich. Der Gerichtshof verurteilt den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, ohne Anrechnung der Untersuchungszeit.

Briefkasten.

Bei sämtlichen Anzeigen sind Name, Stand und Adresse des Fragenden zu vermerken. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.

Humoristisches.

(Aus einem Kinoprogramm.) 1. Lehmanns Kattippe. (Großer Schläger!) 2. Dufels erschütternd. (500 Meter lang; zwerghell-erschütternd.) 3. Lotte verlobt sich! (Morgen zum 25. Male!) 4. Ergreifendes Drama: Frauentreue. (Dauer Dreiviertel Stunden.) 5. Spannende Tragödie: Sie hält ihren Schwur. (Nur mehr bis Ende der Woche!)

Neuere Nachrichten.

Bootsunfall auf der Weichsel. Danzig, 3. März. Auf der Weichsel bei Plehnendorf kenterte gestern Abend ein mit 4 Fischen besetztes Ruderboot. Während drei Fischer sich retten konnten, ertrank der vierte, mit Namen Hoffmann.

Eröffnung des ostpreussischen Provinzial-Landtags. Königsberg, 3. März. Der 38. Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen wurde heute hier durch den Staatskommissar, Oberpräsidenten von Windheim eröffnet.

Vom Sterbelager Kardinal Kopps. Breslau, 3. März. Die „Schleier-Zig.“ meldet: Die Teilnahme am Bestehen des Kardinal-Fürbischhofs Dr. von Kopp ist allgemein. Unausgesprochen laufen Nachrichten ein, besonders der österreichisch-ungarischen Kirchenfürsten. Das Bestehen fürbischhölische General-Biserialat erstreckt folgende Verordnung: Nach den jüngsten Nachrichten aus Troppau erscheint der Zustand des Kardinals bedenklich. Der Bischofsankterus solle in allen heiligen Messen die horatio pro infirmo verlesen und nach der Messe drei Paternoster und Ave Maria mit den Gläubigen lesen.

Troppau, 3. März. Heute früh 9 Uhr wurde folgender Krankheitsbericht ausgegeben: Der Kardinal verbrachte den Rest des gestrigen Tages und die Nacht in tiefer Bewußtlosigkeit und ohne Schmerzäußerungen. Eine Nahrungsmittelaufnahme war nicht mehr möglich. Kräftezustand und Herzstätigkeit lassen langsam nach.

Der Bischof von Osnabrück f. Osnabrück, 3. März. Der Bischof von Osnabrück, Dr. Hubertus Vos, ist heute Morgen im 73. Lebensjahre gestorben.

Grubenunfall. Brüssel, 3. Februar. Die Grube Saint-Noy in Raquaux es bei Monts, in der 250 Arbeiter tätig waren, wurde heute infolge eines Kohlebruches überschwemmt. Fünf Arbeiter er-

tsanken, während die anderen sich retten konnten.

Anarchistische holländische Soldaten. Amsterdam, 3. März. Der Kriegsminister stellt fest, daß mehrfache Brandstiftungen anarchistischer Soldaten in Kasernen vorgekommen seien, namentlich in Halem und Ende. Der anarchistische Soldatenanarch, welcher in die Kasernen eingeschmuggelt wurde, ist beschlagnahmt worden.

Schwerer Unfall beim Bobleighrennen. Petersburg, 3. März. Die beiden Kartistler der „Kowoje Wremja“, Professor Pileto und Jesim Jegorew, haben während des Bobleighrennens in Duderhof bei Petersburg einen schweren Unfall erlitten. Ein Schlitte mit 5 Insassen stürzte um, wobei Pileto einen doppelten Rippenbruch nebst tiefen Wunden, Jegorew schwere Verletzungen der Wirbelsäule und am Unterleib davontrogen.

Das Unwetter in Newyork. Newyork, 3. März. Am Ostende der Stadt sind in den letzten 24 Stunden etwa 50 Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehre konnten nur langsam mit den Wagen nach der Brandstätte gehen, da der feste Schnee die Straßen sperrte. Die Hydranten und Schläuche sind eingefroren. Der Verkehr in Newyork ist fast ganz lahm gelegt. Der Betrieb der Tram- und Hochbahn ist eingestellt. Sechs Schiffe an der Küste Neuenglands sind gestrandet, 29 Menschen umgekommen.

Wöchentliche Notierungen der Danziger Produkten-Börse vom 3. März 1914.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizen, Roggen) and Price/Quantity. Includes prices for various grains and oil.

Die Berliner Börse eröffnete gestern in etwas schwächerer Haltung. Im weiteren Verlaufe gaben die Kurse weiter auf Nachfragen den Tagesverlauf etwas nach.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizen, Roggen) and Price/Quantity. Includes prices for various grains and oil.

Danziger Viehmarkt. (Wöchentliche Notierung der Preisnotierungskommission.) Danzig, 3. März.

Table with 2 columns: Item (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch) and Price/Quantity. Includes prices for various types of meat.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn vom 3. März früh 7 Uhr. Lufttemperatur: -1 Grad Cel. Wetter: trocken. Wind: Südost. Barometerstand: 762 mm. Vom 2. morgens bis 3. morgens höchste Temperatur: 4 Grad Cel. niedrigste: -1 Grad Cel.

Standesamt Thorn. Vom 22. bis einchl. 28. Februar 1914 sind gemeldet: Geburten: 8 Knaben, davon 2 unehel. 5 Mädchen, 2 unehel. Aufgebote: 4 heilige, 14 auswärtige. Eheschließungen: 6. Sterbefälle: 1. Schäferwitwe Rosale Lewandowski, geb. Lubtowski, 60 J. 2. Bachhalter Leo Suchanast, 36 J. 3. Schmiedegesellen-Frau Rosalie Tomtowski, geb. Suewe, 50 J. 4. Dienleher Wladislaus Kielma, 42 J. r. Tischler- und Eigentüm. r. Witwe Pauline Heeling, geb. Casper, 70 J. 5. Grete Jilenthal, 1 W. 7. Arbeiter Franz Lewandowski, 32 J. 8. Verkäuferin Olga Galt, 21 J. 9. Tischlerfrau Angelika Kusztewicz, geb. Wolajnski, 43 J. 10. Arbeiterin Auguste Wader, geb. Jabs, 33 J. 11. Edith Adam, 17 J. 12. Militärkrankenwärter im Garnison-Lazarett 1 Franz Krüger, 22 J.

Standesamt Thorn-Moder. Vom 22. bis einchl. 28. Februar 1914 sind gemeldet: Geburten: 6 eheliche Knaben und 5 eheliche Mädchen. Aufgebote: Keine. Eheschließungen: Keine. Sterbefälle: 1. Dem Unteroffizier Gustav Sändig ein totes Mädchen geboren. 2. Vefker August Sodite aus Stelten Rr. Thorn, 62 J. 3. Bernhard Grumbiewski, 3 J. 4. Bronislaus Beszycanski, 1 J. 5. Arbeiter Anton Chy aus Thorn

Die Wirkung hätte nicht besser sein können. Selbsten meine Kinder, Rosa und Wilons, die Ihnen vom Arzt verordnete Scotts Emulsion regelmäßig bekommen, geht es mit ihrer Entwicklung rüstig vorwärts. Beide haben heute ein blühendes Aussehen, einen kräftigen Knochenbau und sind gegen Nahrungsmittel, immer munter und lebhaft und ihre Brust ist prächtig. Beide freuen sich immer rüstig auf ihre Scotts Emulsion. Das Mädchen ist 2 1/2, und der Knabe 1 Jahr alt. Begehrer hat seine Zähne bekommen, ohne damit zu tun zu haben. Die Wirkung von Scotts Emulsion an meinen beiden Kindern hätte nicht besser sein können.

Keine billigeren Nachahmungen, nur Scotts Emulsion. Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich in großen verpackt und zwar nie ohne nach Gewicht oder Maß, sondern nur in verpackten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke für den Verkauf. Scott u. Bowne, C. M. & Co., Frankfurt a. M.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizen, Roggen) and Price/Quantity. Includes prices for various grains and oil.

Wetterausgabe. (Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.) Voraussichtliche Witterung für Mittwoch den 4. März: vorwiegend wolke, streifenweise leichte Niederschläge.

Table with 2 columns: Item (e.g., Sonnenanfang, Sonnenuntergang) and Time. Includes sunrise and sunset times for various locations.

Wohnungsangebote zu Thorn. Wohnungsanzeigen in der Geschäftsstelle bei Arthur Abel, in Firma W. Dettler, Baderstr. 14. Der leistungsfähigste ebendiesige, einchl. Heizung, 2100 lof. 24. 2. 8 Zim., 1800/6. 3. 24. pl., 73 m., 1600 lof. 3. 24. pl., 73 m., 1600 lof. 4. 24. pl., 73 m., 1600 lof. 5. 6 Zimmer, 1550 lof. 6. 18 a, pl., 6 Zim., 1500 lof. 7. 18 a, pl., 6 Zim., 1400 lof. 8. 18 a, pl., 6 Zim., 1400 lof. 9. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 10. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 11. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 12. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 13. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 14. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 15. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 16. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 17. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 18. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 19. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 20. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 21. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 22. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 23. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 24. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 25. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 26. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 27. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 28. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 29. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 30. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 31. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 32. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 33. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 34. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 35. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 36. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 37. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 38. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 39. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 40. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 41. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 42. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 43. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 44. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 45. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 46. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 47. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 48. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 49. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 50. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 51. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 52. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 53. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 54. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 55. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 56. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 57. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 58. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 59. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 60. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 61. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 62. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 63. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 64. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 65. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 66. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 67. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 68. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 69. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 70. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 71. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 72. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 73. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 74. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 75. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 76. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 77. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 78. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 79. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 80. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 81. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 82. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 83. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 84. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 85. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 86. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 87. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 88. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 89. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 90. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 91. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 92. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 93. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 94. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 95. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 96. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 97. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 98. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 99. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 100. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 101. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 102. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 103. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 104. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 105. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 106. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 107. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 108. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 109. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 110. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 111. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 112. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 113. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 114. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 115. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 116. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 117. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 118. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 119. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 120. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 121. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 122. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 123. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 124. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 125. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 126. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 127. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 128. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 129. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 130. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 131. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 132. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 133. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 134. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 135. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 136. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 137. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 138. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 139. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 140. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 141. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 142. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 143. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 144. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 145. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 146. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 147. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 148. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 149. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 150. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 151. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 152. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 153. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 154. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 155. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 156. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 157. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 158. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 159. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 160. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 161. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 162. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 163. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 164. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 165. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 166. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 167. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 168. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 169. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 170. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 171. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 172. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 173. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 174. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 175. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 176. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 177. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 178. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 179. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 180. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 181. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 182. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 183. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 184. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 185. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 186. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 187. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 188. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 189. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 190. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 191. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 192. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 193. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 194. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 195. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 196. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 197. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 198. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 199. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 200. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 201. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 202. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 203. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 204. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 205. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 206. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 207. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 208. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 209. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 210. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 211. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 212. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 213. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 214. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 215. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 216. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 217. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 218. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 219. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 220. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 221. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 222. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 223. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 224. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 225. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 226. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 227. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 228. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 229. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 230. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 231. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 232. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 233. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 234. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 235. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 236. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 237. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 238. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 239. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 240. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 241. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 242. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 243. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 244. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 245. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 246. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 247. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 248. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 249. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 250. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 251. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 252. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 253. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 254. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 255. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 256. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 257. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 258. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 259. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 260. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 261. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 262. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 263. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 264. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 265. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 266. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 267. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 268. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 269. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 270. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 271. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 272. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 273. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 274. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 275. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 276. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 277. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 278. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 279. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 280. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 281. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 282. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 283. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 284. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 285. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 286. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 287. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 288. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 289. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 290. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 291. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 292. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 293. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 294. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 295. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 296. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 297. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 298. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 299. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 300. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 301. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 302. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 303. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 304. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 305. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 306. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 307. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 308. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 309. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 310. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 311. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 312. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 313. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 314. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 315. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 316. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 317. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 318. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 319. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 320. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 321. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 322. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 323. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 324. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 325. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 326. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 327. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 328. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 329. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 330. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 331. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 332. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 333. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 334. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 335. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 336. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 337. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 338. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 339. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 340. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 341. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 342. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 343. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 344. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 345. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 346. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 347. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 348. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 349. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 350. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 351. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 352. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 353. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 354. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 355. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 356. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 357. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 358. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 359. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 360. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 361. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 362. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 363. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 364. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 365. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 366. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 367. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 368. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 369. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 370. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 371. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 372. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 373. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 374. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 375. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 376. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 377. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 378. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 379. 18 a, pl., 6 Zim., 1200 lof. 380

Die Presse.

(Drittes Blatt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

39. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.
 Am Ministerisch: von Dallwig, Dr. Venzke.
 Auf der Tagesordnung steht die Novelle zum Kommunalabgabengesetz

in Verbindung mit der Interpellation Dr. Zandt (Freikons.). „Zu welchen Ergebnissen hat die in der Verhandlung vom 12./13. Dezember 1912 angekündigte Untersuchung darüber geführt, welche Gebiete kommunaler Aufgaben in den Gemeinden hauptsächlich zur Steigerung der Belastungsunterschiede mitgewirkt haben und in welcher Weise ein Ausgleich herbeigeführt werden kann?“

Minister v. Dallwig: Die Regierung ist bereit, die Interpellation zu beantworten; sie kann jedoch den Termin heute noch nicht angeben. Die Interpellation wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Zur Begründung der Novelle zum Kommunalabgabengesetz erweist hierauf das Wort Minister v. Dallwig: Unser Kommunalabgabengesetz gilt mit Recht als eines der besten Gesetze der neueren Zeit. Seine Vorschriften sind bestimmend geworden für die Entwicklung des Kommunalabgabewesens in den letzten 20 Jahren, und in mancher Beziehung für die Entwicklung der Kommunen und Kommunalverbände. Es liegt mir allerdings fern, zu verkennen, daß die Gemeinde lasten eine Höhe erreicht haben, die für viele Gemeinden eine schwere Gefahr bedeutet. Die Staatsregierung weiß das voll und ganz, aber nicht das Kommunalabgabengesetz verursacht diese Schäden; sie sind vielmehr die Folge der Höhe der steigenden Ausgaben der Gemeinden, worauf das Gesetz einen Einfluß auszuüben nicht in der Lage ist, da es lediglich die Verteilung und Aufbringung der bereits vorhandenen Lasten zu regeln hat. Jedenfalls werden die beiden Hauptprinzipien nicht angegriffen werden können, nämlich erstens der Grundsatz vom „Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung“, daß nämlich derjenige, der von gewissen wirtschaftlichen Einrichtungen der Gemeinden besondere wirtschaftliche Vorteile genießt, auch zu den Kosten dieser Einrichtungen beizutragen hat, und zweitens, daß auf die Staatsfinanzen Rücksicht genommen werden muß und daß die Finanzpräsumption der Steuerkraft durch die Gemeinden nur insoweit zulässig ist, als dies ohne Gefährdung unserer Steuerquellen geschehen kann. Die Grenze für die Heranziehung der Realsteuern und der Einkommensteuer durch die Kommunen muß also der Staat beherrschen. Der dringende allgemeine Wunsch der Gemeinden, es möchten ihnen neue Steuerquellen eröffnet werden, ist zwar an sich durchaus verständlich, findet aber seine Schranken an der gebotenen Rücksichtnahme auf die Gemeinden nur insoweit zulässige Steuerquellen. Es kann daher nicht so sehr darauf ankommen, den Steuerzahlern immer neue Lasten aufzuerlegen, als vielmehr darauf, die noch vorhandenen Lücken in der Heranziehung auszufüllen und nicht gewollte und nicht begründete Bevorzugungen einzelner Gruppen von Personen auszuheben. In erster Beziehung dürfte die Ausdehnung der Beitragspflicht des Zirkus für die Gemeinden von besonderer Bedeutung sein, in letzterer Beziehung ist als typisches Beispiel die Bevorzugung der in einer Mehrzahl von Gemeinden entkommene steuerpflichtigen Personen hervorzuheben, die darin liegt, daß nicht der dem Einkommen entsprechende Steuerfuß zugrunde gelegt wird, sondern das dem Steuerfuß zugrunde liegende Gesamteinkommen und daß die Progression für höhere Einkommen in sehr weitgehendem Maße außer Wirksamkeit gesetzt wird. Die Frage, in wieweit für die Teilung der einer Mehrzahl von Gemeinden gemeinsamen Steuerquellen andere Normen festgestellt werden könnten, die den schwächeren Gemeinden einen höheren Anteil zu sichern geeignet wären, ist eingehend geprüft worden und hat zu einer Reihe von Abänderungsvorschlägen Anlaß gegeben. Was das Verhältnis der Gemeinden zum Staat und die Staatsaufsicht über die Gemeinden anlangt, so soll hier den Wünschen der Gemeinden Rechnung getragen werden, soweit dies die Rücksicht auf sonstige vom Staat zu schützende Interessen nur irgend zuläßt. Der Entwurf ist nicht das Ergebnis von theoretischen Spitzfindigkeiten, sondern ganz wesentlich das Ergebnis von praktischen Erfahrungen. Möge er, wenn er Gesetz wird, zur gedeihlichen Weiterentwicklung des kommunalen Wesens in unserem Vaterlande beitragen. (Beifall.)

Abg. v. Jacobi (Konversativ): Das bisherige Gesetz hat sich bewährt. Es sollte daher an jenen Grundlagen nicht gerüttelt werden. Es kann aber trotzdem nicht bestritten werden, daß die Gemeinden stark überlastet sind. Die steuerliche Statistik gibt sehr zu denken. Die meisten haben über 100 Prozent Zuschlag hinausgehen müssen. Bei einzelnen Gemeinden halten die Ausgaben nicht Schritt mit den Einnahmen, weil nicht richtig gewirtschaftet wird. Bei den kleinen Landgemeinden kann man aber von unbilligen Luxusabgaben nicht reden. Ob der Entwurf nun zu einem Ausgleich zwischen den größeren Städten und kleineren Landgemeinden in der steuerlichen Belastung führen wird, ist mehr als fraglich. Ich möchte den Herrn Minister bitten, uns Laib eine Denkschrift über den Ausgleich der steuerlichen Belastung vorzulegen. Mit der Erhebung von Verwaltungskosten soll man nicht zu weit gehen. Bei uns ist schon ziemlich alles mit Gebühren belastet und eine weitere Vermehrung treibt leicht die kleinen Leute in die Hände von Wirtelkonjunktur. Bei der Erhebung weiterer Beiträge, wie sie der Entwurf vorsieht, kann leicht die Gefahr der Doppelbesteuerung entstehen. Meine politischen Freunde müssen unbedingt verlangen, daß der Grundbesitz gegen ungerichtete Besteuerung geschützt wird. Von allen Seiten hat sich eine Abweisung der Grundsteuer nach gemeinem Wert gezeigt. Man kann nicht von einem Besitzer Steuern verlangen, die über den Ertrag des Grundstückes hinausgehen. Ich verneine gar nicht, daß die alten Bestimmungen der Grund- und Gebäudesteuer nicht mehr passen, aber wenn nun der Entwurf vorsieht, daß Grundstücke, die Gartenerzeugnisse dienen, besteuert werden sollen, so haben wir große Bedenken. Ich muß im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir grundsätzlich einer Änderung der Steuerbestimmungen freundlich gegenüberstehen. Wir lehnen aber die Grundwertsteuer nach dem gemeinen Wert ab. Ohne Änderung der jetzigen Fassung des § 25 können wir das Gesetz nicht gutheißen. Wir werden den Entwurf eingehend prüfen. Mag er den großen Gemeinden neue Steuerquellen erschließen, mag er aber auch endlich dazu beitragen, eine größere Einheitlichkeit in den Kommunalabgaben zu bringen. Wir beantragen, den Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu geben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Keil (natl.): Wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. In erster Linie sollten die Gemeindebetriebe Einnahmen bringen, sodann die Gebühren und Beiträge, weiter die indirekten Steuern und dann erst sollen die Zuschläge zu den Realsteuern und zur Einkommensteuer oder an ihrer Stelle besondere kommunale Sondersteuern eingeführt werden. Die Gemeindebetriebe erbringen weit weniger Überschüsse als die Staatsbetriebe. Bei dem Staat machen sie 75 v. H. aus, bei den Gemeinden nur etwa 10 v. H., höchstens 25 v. H. Der sogenannte Luxus der Gemeinden beruht im wesentlichen auf den Gehältern der Magistratsdirigenten, die Spur ihrer Wirksamkeit für spätere Tage zu hinterlassen. Besonders sind es die enormen Volksschullasten, die auf die Gemeinden drücken. Die Verteilung der sieben Millionen preussischer Volksschulfinder auf die einzelnen Gemeinden ist sehr verschieden, denen entsprechend auch die Ausgaben der Kommunen für die Unterhaltung der Schulen. Besonders bleiben die Großstädte hinter dem Durchschnitt zurück, während in den Industriegegenden, z. B. in Solingen, der Durchschnitt weit überschritten wird. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden, und ich bitte die Regierung, auch namens meiner politischen Freunde, dieser Anregung bald nachzukommen. Der Entwurf beschränkt sich auf sogenannte kleine Mittel. Der Wunsch, die Gebühren und Beiträge dringlich zu machen, erscheint mir Rücksicht auf den Realcredit recht bedenklich. Die Vorlage entspricht diesem Wunsch mit Recht nicht. Daß die Grundstücke des Staates und anderer Gemeinden zur Grundsteuer herangezogen werden können, begrüße ich ebenso wie der Vorredner; das gleiche gilt für die juristischen Personen. Es ist aber eine besondere Belastung der G. m. b. H., daß sie nach einem Sonderzins besteuert werden sollen, und wir müssen verlangen, daß sie nach dem allgemeinen Tarif herangezogen werden. Der Wunsch des deutschen Städteverbandes, alle genossenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereine heranzuziehen, erscheint uns aber recht bedenklich. Die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Grundwertsteuer entsprechen dem im Vorjahre ausgesprochenen Wunsch des Hauses, und im Gegensatz zum Vorredner hoffe ich, daß das Haus ihnen zustimmen wird. Die Gewerbesteuer darf die Unternehmer nicht allzusehr belasten. Im großen und ganzen bringt der Entwurf sehr viel Gutes, wenn wir auch in einzelnen Bedenken und Wünschen haben. Man sollte das Gesetz nicht mehr Kommunalabgabengesetz, sondern Gemeindeabgabengesetz nennen. Wir werden an dem Entwurf gern mitarbeiten und hoffen etwas Brauchbares zustande zu bringen.

Abg. Dr. Wuermeling (Ztr.): Auch wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. Der Entwurf ist im ganzen eine gute und fleißige Arbeit, wenn wir auch an Einzelheiten etwas auszuheben haben. Im übrigen freuen wir uns über die schon Entwicklung, die unsere preussischen Städte genommen haben. Wir müssen bei der Beratung des Entwurfs den Gesichtspunkt im Auge behalten, den kleinen Städten mit ihrem anfalligen Weltstand ihre Leistungsfähigkeit zu bewahren. Es gibt neben der Landflucht auch eine Flucht aus den kleinen Städten, die den großen Städten zugute kommt. Vor allem müssen die Gemeinden selbst sparsam wirtschaften. Der Steuerzahler ist heute eine von vielen Seiten gemolkene Kuh. (Heiterkeit.) Reich, Staat, Gemeinden, alle wollen was von ihm haben. Manchmal wird von vier verschiedenen Faktoren dieselbe Sache besteuert, so daß man den Eindruck gewinnt, daß man es geradezu mit einer straflosen Handlung zu tun hat. Namentlich der kleine Mann muß entlastet werden. Die Einkünfte gegenüber dem Vorentwurf, die die Regierung in der Novelle begünstigt der Land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke gemacht hat, kann von uns für eine geeignete Grundlage nicht angesehen werden. Der § 25, der den Gemeinden das Recht zubilligt, besondere Steuern vom Grundbesitz zu erheben, muß daher noch erheblich geändert werden, wenn er unsere Zustimmung finden soll. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Doppelbesteuerung in engen Grenzen bleibt. Wir meinen jedoch, daß es besser ist, daß die Staatsaufsicht in größerem Umfang aufrechterhalten bleibt. Wir sind gewiß auch für Freiheit, aber wir leben nun einmal in einer unvollkommenen Welt, und müs-

sen deshalb Bestimmungen treffen, daß die Schwachen von den Stärkeren nicht majorisiert werden, was leicht vorkommen kann, wenn der Interessentkampf in die Gemeinden hineingeworfen wird. Bedenken erregt auch die Bestimmung, daß die Gemeindezuschläge erst bei 150 v. H. statt bisher 100, genehmigungspflichtig sein sollen. Hiermit wird doch geradezu den Gemeinden die Leiter hingehalten, um allgemein auf die 150 v. H. hinaufzuklettern. Ich hoffe, daß in der Kommission ein Gesetz zustande kommt, daß nicht nur den Interessen der Gemeinden, sondern auch denen von einzelnen Steuerzahlern entspricht. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenke: Von den bisherigen Rednern sind als die Ursachen der Steuermot die Ausgaben für luxuriöse Zwecke bezeichnet worden. Ich halte es demgegenüber für nötig, zu erklären, daß die Gemeinden in dieser Hinsicht gar nicht anders können. Ein außerordentliches Geschenk hat der Staat den Gemeinden durch Überlassung der Realsteuer gemacht, aber das reichte nicht aus, um der steuerlichen Belastung abzuwehren. Die modernen Ansprüche, die Polizei-, Armen-, Schullasten sind stark gewachsen. Wer sprach früher von überlasteten Schulklassen? Wie war früher der Zustand unserer Straßen? Zum Ruhm unseres Vortrags muß man sagen, daß die Gemeinden tatsächlich vorwärtsgegangen sind, neue Aufgaben in Angriff genommen haben. Wir wären ohne diese Arbeit der Gemeinden noch lange nicht so weit auf kulturellem Gebiet in Preußen! Die Besoldungen treiben die Gemeindeausgaben kolossal in die Höhe, denn sie sind ganz unverhältnismäßig gesteigert, besonders an den höheren Schulen, die längst nicht mit ihren Einnahmestrukturen auskommen können. Aber das läßt sich nicht ändern, da die Gemeinden die Kulturträger sind. Für die kleineren Gemeinden trifft diese finanzielle Betrachtung nicht zu, da aber jetzt das Kinderprivileg das Steuerfahrlaster herunter wie in den größeren Städten. Der Staat hat aber jetzt ganz freiwillig sein Grundbesitz und gemeindefreies Einkommen viel stärker als bisher der Gemeindebesteuerung unterstellt, was besonders den Landes- und kleineren Gemeinden zugute kommt. Die Heranziehung der Gehältern zur Steuer muß unterbleiben; es ist staatsrechtlich in keiner Weise klar, ob das Privileg der Kirche oder den Geistlichen zusteht. Die Parodie des Gehältern erregt sich über mehrere Gemeinden, es würde da eine ganz ungerechtfertigte Bevorzugung der Wohngemeinde entstehen. Ein Vorredner hat die Umjahsteuer als höchst ungerecht für den Grundbesitz erklärt. Die Neuordnung der Wertwerksteuer entlastet jedoch die Grundbesitzer in weitgehendem Maße, und das Gesetz beruht darauf, daß diejenigen, die in der Gemeinde erwerben, auch zur Gemeindebesteuerung herangezogen werden. Bezüglich der Staatsaufsicht hat sich herausgestellt, daß es eine ganze Reihe von Dingen gibt, bei denen die Staatsaufsicht lediglich eine formelle Bedeutung hat, da diese Dinge genehmigt werden müssen. Bei solchen Dingen wäre es doch überflüssig, wenn man da die Staatsaufsicht aufrecht erhalten wollte. Bei finanziellen Sachen ist jedoch die Staatsaufsicht unbedingt notwendig, da es sonst vorkommen könnte, daß die Gemeinden so darauflos wirtschafteten, daß es zu einem Bankrott käme. Ich glaube, daß die Regierung in dem Entwurf das Richtige getroffen hat. Ich gebe mich deshalb auch der Hoffnung hin, daß in der Kommission ein entsprechendes Gesetz zustande kommt. (Beifall.)

Abg. Dr. Vredt (Konversativ): Wir begrüßen in dem Entwurf eine brauchbare Grundlage und sind gern bereit, daran mitzuarbeiten. Mit der Umjah- und Wertwerksteuer hat man in den letzten Jahren nicht steuerrechtlich, sondern sozialpolitische Zwecke verfolgt. Die Bodenpolitik der Gemeinden

der Magistrate dirigiten, die Spur ihrer Wirksamkeit für spätere Tage zu hinterlassen. Besonders sind es die enormen Volksschullasten, die auf die Gemeinden drücken. Die Verteilung der sieben Millionen preussischer Volksschulfinder auf die einzelnen Gemeinden ist sehr verschieden, denen entsprechend auch die Ausgaben der Kommunen für die Unterhaltung der Schulen. Besonders bleiben die Großstädte hinter dem Durchschnitt zurück, während in den Industriegegenden, z. B. in Solingen, der Durchschnitt weit überschritten wird. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden, und ich bitte die Regierung, auch namens meiner politischen Freunde, dieser Anregung bald nachzukommen. Der Entwurf beschränkt sich auf sogenannte kleine Mittel. Der Wunsch, die Gebühren und Beiträge dringlich zu machen, erscheint mir Rücksicht auf den Realcredit recht bedenklich. Die Vorlage entspricht diesem Wunsch mit Recht nicht. Daß die Grundstücke des Staates und anderer Gemeinden zur Grundsteuer herangezogen werden können, begrüße ich ebenso wie der Vorredner; das gleiche gilt für die juristischen Personen. Es ist aber eine besondere Belastung der G. m. b. H., daß sie nach einem Sonderzins besteuert werden sollen, und wir müssen verlangen, daß sie nach dem allgemeinen Tarif herangezogen werden. Der Wunsch des deutschen Städteverbandes, alle genossenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereine heranzuziehen, erscheint uns aber recht bedenklich. Die Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Grundwertsteuer entsprechen dem im Vorjahre ausgesprochenen Wunsch des Hauses, und im Gegensatz zum Vorredner hoffe ich, daß das Haus ihnen zustimmen wird. Die Gewerbesteuer darf die Unternehmer nicht allzusehr belasten. Im großen und ganzen bringt der Entwurf sehr viel Gutes, wenn wir auch in einzelnen Bedenken und Wünschen haben. Man sollte das Gesetz nicht mehr Kommunalabgabengesetz, sondern Gemeindeabgabengesetz nennen. Wir werden an dem Entwurf gern mitarbeiten und hoffen etwas Brauchbares zustande zu bringen.

Abg. Dr. Wuermeling (Ztr.): Auch wir stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. Der Entwurf ist im ganzen eine gute und fleißige Arbeit, wenn wir auch an Einzelheiten etwas auszuheben haben. Im übrigen freuen wir uns über die schon Entwicklung, die unsere preussischen Städte genommen haben. Wir müssen bei der Beratung des Entwurfs den Gesichtspunkt im Auge behalten, den kleinen Städten mit ihrem anfalligen Weltstand ihre Leistungsfähigkeit zu bewahren. Es gibt neben der Landflucht auch eine Flucht aus den kleinen Städten, die den großen Städten zugute kommt. Vor allem müssen die Gemeinden selbst sparsam wirtschaften. Der Steuerzahler ist heute eine von vielen Seiten gemolkene Kuh. (Heiterkeit.) Reich, Staat, Gemeinden, alle wollen was von ihm haben. Manchmal wird von vier verschiedenen Faktoren dieselbe Sache besteuert, so daß man den Eindruck gewinnt, daß man es geradezu mit einer straflosen Handlung zu tun hat. Namentlich der kleine Mann muß entlastet werden. Die Einkünfte gegenüber dem Vorentwurf, die die Regierung in der Novelle begünstigt der Land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke gemacht hat, kann von uns für eine geeignete Grundlage nicht angesehen werden. Der § 25, der den Gemeinden das Recht zubilligt, besondere Steuern vom Grundbesitz zu erheben, muß daher noch erheblich geändert werden, wenn er unsere Zustimmung finden soll. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß die Doppelbesteuerung in engen Grenzen bleibt. Wir meinen jedoch, daß es besser ist, daß die Staatsaufsicht in größerem Umfang aufrechterhalten bleibt. Wir sind gewiß auch für Freiheit, aber wir leben nun einmal in einer unvollkommenen Welt, und müs-

sen deshalb Bestimmungen treffen, daß die Schwachen von den Stärkeren nicht majorisiert werden, was leicht vorkommen kann, wenn der Interessentkampf in die Gemeinden hineingeworfen wird. Bedenken erregt auch die Bestimmung, daß die Gemeindezuschläge erst bei 150 v. H. statt bisher 100, genehmigungspflichtig sein sollen. Hiermit wird doch geradezu den Gemeinden die Leiter hingehalten, um allgemein auf die 150 v. H. hinaufzuklettern. Ich hoffe, daß in der Kommission ein Gesetz zustande kommt, daß nicht nur den Interessen der Gemeinden, sondern auch denen von einzelnen Steuerzahlern entspricht. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenke: Von den bisherigen Rednern sind als die Ursachen der Steuermot die Ausgaben für luxuriöse Zwecke bezeichnet worden. Ich halte es demgegenüber für nötig, zu erklären, daß die Gemeinden in dieser Hinsicht gar nicht anders können. Ein außerordentliches Geschenk hat der Staat den Gemeinden durch Überlassung der Realsteuer gemacht, aber das reichte nicht aus, um der steuerlichen Belastung abzuwehren. Die modernen Ansprüche, die Polizei-, Armen-, Schullasten sind stark gewachsen. Wer sprach früher von überlasteten Schulklassen? Wie war früher der Zustand unserer Straßen? Zum Ruhm unseres Vortrags muß man sagen, daß die Gemeinden tatsächlich vorwärtsgegangen sind, neue Aufgaben in Angriff genommen haben. Wir wären ohne diese Arbeit der Gemeinden noch lange nicht so weit auf kulturellem Gebiet in Preußen! Die Besoldungen treiben die Gemeindeausgaben kolossal in die Höhe, denn sie sind ganz unverhältnismäßig gesteigert, besonders an den höheren Schulen, die längst nicht mit ihren Einnahmestrukturen auskommen können. Aber das läßt sich nicht ändern, da die Gemeinden die Kulturträger sind. Für die kleineren Gemeinden trifft diese finanzielle Betrachtung nicht zu, da aber jetzt das Kinderprivileg das Steuerfahrlaster herunter wie in den größeren Städten. Der Staat hat aber jetzt ganz freiwillig sein Grundbesitz und gemeindefreies Einkommen viel stärker als bisher der Gemeindebesteuerung unterstellt, was besonders den Landes- und kleineren Gemeinden zugute kommt. Die Heranziehung der Gehältern zur Steuer muß unterbleiben; es ist staatsrechtlich in keiner Weise klar, ob das Privileg der Kirche oder den Geistlichen zusteht. Die Parodie des Gehältern erregt sich über mehrere Gemeinden, es würde da eine ganz ungerechtfertigte Bevorzugung der Wohngemeinde entstehen. Ein Vorredner hat die Umjahsteuer als höchst ungerecht für den Grundbesitz erklärt. Die Neuordnung der Wertwerksteuer entlastet jedoch die Grundbesitzer in weitgehendem Maße, und das Gesetz beruht darauf, daß diejenigen, die in der Gemeinde erwerben, auch zur Gemeindebesteuerung herangezogen werden. Bezüglich der Staatsaufsicht hat sich herausgestellt, daß es eine ganze Reihe von Dingen gibt, bei denen die Staatsaufsicht lediglich eine formelle Bedeutung hat, da diese Dinge genehmigt werden müssen. Bei solchen Dingen wäre es doch überflüssig, wenn man da die Staatsaufsicht aufrecht erhalten wollte. Bei finanziellen Sachen ist jedoch die Staatsaufsicht unbedingt notwendig, da es sonst vorkommen könnte, daß die Gemeinden so darauflos wirtschafteten, daß es zu einem Bankrott käme. Ich glaube, daß die Regierung in dem Entwurf das Richtige getroffen hat. Ich gebe mich deshalb auch der Hoffnung hin, daß in der Kommission ein entsprechendes Gesetz zustande kommt. (Beifall.)

Abg. Dr. Vredt (Konversativ): Wir begrüßen in dem Entwurf eine brauchbare Grundlage und sind gern bereit, daran mitzuarbeiten. Mit der Umjah- und Wertwerksteuer hat man in den letzten Jahren nicht steuerrechtlich, sondern sozialpolitische Zwecke verfolgt. Die Bodenpolitik der Gemeinden

Aus der Bahn geschleudert.

Roman von Baronin G. v. Schlippenbach.
 (Herbert Rivulet.) (Nachdruck verboten.)

(12. Fortsetzung.)

In der ländlichen Stille vergingen die Tage ihren allzu schnell.

Kurz ehe Ederns Urlaub abließ, kam die Antwort aus Wiesbaden. Anna schrieb, daß sie zwei Zimmer frei hätte. Ihre Mutter sei bei ihrem Bruder in Köln und die behaglichen Räume ständen leer; es seien die besten im ganzen Hause.

„Du mußt kommen und mich besuchen,“ bat Fräulein Ernestine, „versprich es mir, lieber Heinz.“

„Ich weiß nicht, ob es gehen wird.“

„Nicht es so ein, ich werde alle Tage auf dich warten. Du brauchst Abwechslung, bist mir viel zu still geworden. Es quält dich etwas, das lasse ich mir nicht ausreden, mein Junge.“

Noch ein anderer Gast hatte sich in der Pension Quisiana angemeldet. Denkwik schrieb aus Tiro, wo er die letzten Wochen verlebt hatte.

„Gnädiges Fräulein!
 Ich bitte Sie darum, mich wieder freundlich in Ihrem Hause aufnehmen zu wollen, ich halte es nicht länger vor Sehnsucht nach meiner Tochter aus. Auch verlangt der Arzt eine Wiederholung der vorjährigen Kur. Es geht mir recht gut, und ich hoffe nach abermaligem Gebrauch ganz hergestellt zu werden. So schön es hier ist, so kann ich es kaum erwarten, in Wiesbaden einzutreffen. Rätchen schreibe ich heute auch noch.
 Mit hochachtungsvoller Empfehlung
 Ihr ergebener
 Wilhelm von Denkwik.“

Anna war gerade dabei, die Spargel für den Mittagstisch zu schälen. Sie ließ das Messer fallen und griff nach dem Briefe mit der wohlbekannten Handschrift. Sie wunderte sich, daß ihr Herz plötzlich so heftig pochte.

Rätchen kam aus der Schule. Sie hatte des Vaters Brief erhalten und lief glücklich in das Zimmer, in dem Anna saß.

„Mütterchen,“ jubelte das Kind, „Wapa kommt! Freust du dich nicht auch?“

Anna zog das Mädchen in die Arme und küßte es, aber sie beantwortete die Frage nicht. In ihrer Freude merkte es Rätchen nicht. Sie lachte und schwatzte aufgeregt und tanzte dazwischen umher.

Anna sah ihr traurig nach, als sie hinauslief. Sie lieb war ihr das Kind geworden! Nun mußte sie es bald hergeben. Denkwik würde es mit sich nehmen, und wie sehr würde ihr das muntere, junge Geschöpf fehlen. Ja, schwer würde ihr die Trennung fallen, bitter schwer. Mechanisch beendete sie ihre Arbeit. Dann ging sie in die Küche, traf ihre Anordnungen und beaufsichtigte alles, denn es waren schon viele Pensionäre gekommen, und die Arbeit häufte sich und erforderte Zeit und Aufmerksamkeit.

„Es ist gut so,“ dachte Anna, „es ist gut so.“

Auch Ellen suchte in der Arbeit die Ruhe der Seele wiederzufinden, die sie zu verlassen drohte. Ederns Brief, in dem er um Aufnahme für seine Tante bat, hatte sie in große Aufregung versetzt. Gewiß würde er einmal herüberkommen, um die Kranke zu besuchen, dann mußte auch Ellen ihn wiedersehen.

„Ich darf ihm nicht zeigen, daß ich ihn nicht vergessen habe, ich muß kalt und gleichgültig sein. Was ihm nur süchtiges Spiel gewesen ist, mir war es mehr. Ich weiß jetzt, daß ich ihn innig liebe. Kein anderer Mann könnte mir gefallen.“

Sie dachte an Schermatoff. Olga hatte ihr geschrieben, daß die Verlobung ihres Bruders rückgängig geworden, daß sie beide zunächst in die Schweiz und in die bayerischen Alpen zu reisen gedächten, um über Wiesbaden im Sommer heimzukehren.

Wenn Ellen ihre beiden Verehrer verglich, geschah es nicht zugunsten des jungen Russen. Er erschien ihr inabenhaft und unfertig neben Eder, der mit seinem männlichen, in sich gefestigten Wesen Zutrauen einflößen mußte.

Liselotte war mit einer Tante auf Reisen gegangen. Die Mutter fand ihr sonst so fröhliches Kind recht verändert, und da der Hausarzt eine Badeskur in Eister für notwendig hielt, wurde Liselotte trotz aller Bitten, sie daheim zu lassen, dorthin geschickt. Der Professor fragte seine Frau, weshalb ihre Tochter so still geworden wäre. Oft träumte das junge Mädchen vor sich hin, und ihr Frohsinn schien erloschen. Am liebsten sah sie bei Ellen oder machte einsame Spaziergänge. Ein den Eltern in jeder Hinsicht erwünschter Freier wurde von ihr abgewiesen, worüber Frau von Gräfnitz recht verstimmt sich gegen ihren Mann äußerte.

„So laß doch dem Kinde den Willen,“ jagte Gräfnitz, „sie ist noch so jung und weiß noch nicht, was Liebe ist.“

„Weißt du das so genau, Albert? Ich bin anderer Meinung.“

„Wie? Ich verstehe dich nicht, liebe Frau.“

„Liselotte interessiert sich für Leutnant von Werbenfakt. Ist es dir nicht zu Weisheiten aufgefallen?“

„Nein, ich habe sie wenig zusammen gesehen, sie kennen sich ja kaum.“

„Und die häufigen Rodelpartien? Ich war dagegen, aber du kannst Liselotte nichts abschlagen und verwöhnt sie,“ tadelte die Professorin.

„Nun, wenn sich die beiden lieben, sehe ich keinen Grund, dagegen zu agitieren.“

„Aber, bester Mann, ein armer Offizier ist doch keine passende Partie für unsere Tochter!“ rief Frau von Gräfnitz ärgerlich. „Liselotte kann ganz andere Ansprüche erheben.“

„Nun, höre einmal, Auguste, ich denke, wir sind wohlhabend genug, um unsern einzigen Kinde freie Wahl zu lassen, ich halte ihn für solide und strebsam, er trägt einen alten Namen, und nach allem, was ich von Freunden aus Koblenz über ihn gehört habe, bürgt er mir für das Glück Liselottes.“

„Und seine Armut, lieber Mann!“

„Das ist Nebenache. Wir können dem jungen Paare so viel geben, daß es behaglich leben kann. Denke doch daran, als wir uns heirateten. Mußte ich als Konzertmeister in F. nicht mit bescheidenen Mitteln unsern Hausstand gründen? Jeder tüchtige Mann kann es in seinem Berufe zu etwas bringen! Habe ich das nicht bewiesen, Auguste?“

„Ja, aber beim Militär ist es anders.“

„Wenn Werdenfakt auch Zeit braucht, er hat das Zeug in sich, vorwärts zu kommen, und bis dahin halte ich ihn über Wasser. Liselotte soll nicht wegen kleinlicher Bedenken unglücklich werden.“

„So verlobe sie doch gleich!“ rief Frau von Gräfnitz spitz und lief in hellem Ärger davon.

Der Professor blickte ihr lächelnd nach und trommelte einen Siegesmarsch auf den Tisch. Er kannte seine holerische Ehehälfte, die trotz ihrer Heftigkeit die beste Seele der Welt war.

„Kommt Zeit, kommt Rat,“ meinte er philosophisch und ging in sein großes Zimmer, wo er seine Stunden gab. Ellen, seine Lieblings-schülerin, war soeben gekommen. Was für Fortschritte hatte sie in dem einen Jahre gemacht! Heute konnte ihr der Professor mitteilen, daß er zwei Klavier-schülerinnen für sie

ist mit einer Ursache der starken Steuerbelastung. Heute lauen vielfach die Kommunen Grund und Boden, die Verzinzung muß aus den Steuererträgen aufgebracht werden. Dadurch werden die Steuern erhöht. Es hat Städte gegeben, die den unbedauten Boden zehnjährig so stark besteuerten als den bebauten. Das hat durchaus nicht zu einer Verbilligung des Bodens geführt. Die Gründe der Steuerlichen Not, die der Herr Finanzminister angab, stimmen, wenn man an die Schulden und Wasserleitungen denkt, aber nicht für alle Einrichtungen, die die Städte treffen. Die Gemeinden erhalten vielfach geradezu Anweisungen, die Privatunternehmungen völlig auszuschalten. So hat in Frankfurt a. d. O. der Regierungspräsident (Herr v. Scherwe, früher Landrat des Kreises Thorn) den Bodenreformer Damacke zu einem Vortrag für die Bürgermeister veranlaßt. Eine Hemmung im Verwaltungswege erscheint durchaus angebracht. Wir wollen keinen Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte, aber wir wollen auch keinen Eingriff der Städte in die Privatwirtschaft des einzelnen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Cassel (Forstl.): Ich erkenne den Standpunkt des Herrn Finanzministers vollkommen an. Es hätte einem Kulturvolke nicht entsprochen, die Zustände vor 30 Jahren aufrechtzuerhalten. Um dem abzuhelfen, müßten die Städte große Ausgaben machen. Der Herr Redner möchte alle Ausgaben der Städte unter Kontrolle stellen. Einen solchen ungeheuerlichen Eingriff in die Selbstverwaltung müßte ich ablehnen. Der Staatsregierung würden alle Voraussetzungen dazu fehlen. Wir sind damit einverstanden, daß der Fiskus mit seinem Grundbesitz herangezogen wird. Mittlere und kleine Gewerbetreibende sollten möglichst geschont werden. Bei Grundstücken sind wir im allgemeinen für eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert, doch meine ich, daß es für jemand, der seinen Besitz für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnereiwirtschaft ausnutzen will, eine große Härte ist, wenn er nach dem gemeinen Werte besteuert wird. Das kommt nicht bloß für das Land, sondern auch für die großen Städte in Betracht. Hier ist die Gefahr gegeben, daß bei einer Besteuerung nach dem gemeinen Werte die Gärten zwischen Häusern vollständig verschwinden. Wir stimmen der Vorlage zu, weil durch sie die Kommunen entlastet werden, den Steuerzahlern der nötige Schutz gewährt wird und weil sie eine Einschränkung der Staatsausgaben bringt.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Das Anschwellen der Kommunallasten ist besonders auf das Anwachsen der Polizeikosten zurückzuführen. Bedauerlich ist, daß der Entwurf den Gemeinden keine wesentlichen neuen Einnahmequellen bringt. Die Ergänzungssteuer sollte für die Gemeinden herangezogen werden.

Abg. Graf von Spee (Ztr.): Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ist im Grunde eine Vermögenssteuer. Von der Bestimmung, wonach Pächter von landwirtschaftlichen Grundstücken auch in der Nähe der großen Städte nach dem gemeinen Wert herangezogen werden sollen, würde der Wert stark betroffen werden. Wir sind erstaunt, daß diese Bestimmung, die der Landwirtschaft sehr zum Nachteil gereichen würde, in das Gesetz hineingebracht worden ist.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem zweite Lesung des Ausgrabungsgesetzes und kleinere Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

225. Sitzung vom 2. März, 2 Uhr.
Am Bundesratsstische: Kühn, Kraetke.
Auf der Tagesordnung steht die neue Besoldungssabelle.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Zentrum) wird sie ohne Erörterung sofort der Budgetkommission überwiesen, ebenso zwei neue Nachtragsrats für die Schutzgebiete.

Es beginnt die allgemeine Beratung über den Post-Etat.

Abg. Ebert (Sozialdemokrat): Die Post hat 11 Millionen Einnahmen weniger in den Etat eingestellt als im vorigen Jahre. Man hat augenscheinlich auf die fortgesetzte ungünstige Konjunktur Rücksicht genommen. Trotzdem ergibt sich für die Post ein Überschuß von 100 Millionen Mark. Das beweist, daß die Postverwaltung immer noch entgegen ihrer wirklichen Bestimmung fiskalische Interessen verfolgt. Die Landbestellung ist immer noch mangelhaft. Mit der Entwicklung des Zeitungswesens hat die Post nicht Schritt gehalten.

gefunden hätte. Ganz rot wurde Ellen vor Freude und dankte ihrem glücklichen Lehrer herzlich.

„Schade,“ dachte Gräfin, „sie würde eine gute Konzertsängerin werden. Will doch sehen, ob es sich nicht machen läßt, ich muß mit der Schwester sprechen. Wie viele würden sich an dieser herrlichen Stimme erfreuen! Es hieße, das Licht unter den Scheffel stellen, wenn Ellen von Werdenstätt nicht an die Öffentlichkeit träte.“

„Treffte morgen 5 Uhr nachmittags ein.“

Dennewitz.

Anna hatte ihm auf seine Anfrage geantwortet, daß die von ihm im vorigen Herbst bewohnten Zimmer frei ständen; nur einige knappe Worte hatte der Brief enthalten.

Nun standen Rätchen und das „Mütterchen“ wieder auf dem Bahnsteig und erwarteten den Reisenden. Das Kind trippelte vor Ungeduld hin und her und richtete Frage auf Frage an Anna.

Da lief der aus München kommende Zug in die Bahnhofshalle ein.

„Papa, Papa!“ jubelte das kleine Mädchen, als sie das Gesicht des Vaters am Fenster des Abteils erpähte.

War der Mann, der da schnell zu Boden sprang, und aus dessen frisch gebräuntem Gesicht zwei fröhlich lachende Augen schauten, derselbe, der vor einem halben Jahre blaß und stich Wiesbaden verlassen hatte?

Dennewitz hob sein Kind auf und herzte es. Dann die leichte Last zur Erde setzend, streckte er Anna die Hände entgegen.

„Da bin ich wieder, gnädiges Fräulein,“ rief er, und sich niederbeugend, drückte er die bärtigen Lippen auf die starke, warme Frauen-

Da steht Deutschland hinter anderen Ländern zurück. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Zabrerner Postaffäre war sehr merkwürdig. Oberst von Reuter hat den Beamten ein Amtsverbrechen nachgesagt, während die Untersuchung nur eine geringfügige Vergehen ergab. Die Postverwaltung steht vor einem solchen Herrn stramm und gibt die Beamten täglich preis. (Vizepräsident Dove bittet den Redner, sich zu mäßen.) Die Verwaltung greift in die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten ein, indem sie den Beamten Petitionen an den Reichstag verbietet. Eine Reform der Dienstordnung ist notwendig. Wir verlangen Gleichstellung der männlichen und weiblichen Beamten und lehnen die Ostmarkenzulage ab.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke: Ich will mich nur gegen den Vorwurf wenden, daß gegenüber der Besoldung des Obersten von Reuter ich nicht für meine Beamten eingetreten bin, sondern sie kläglich preisgegeben habe. Dagegen muß ich ernstlich Widerspruch erheben. Es ist eine Übertreibung sondergleichen, wenn behauptet wird, daß der Oberst von Reuter die Postbeamten des Amtsverbrechens und der Unterschlagung beschuldigt habe. Der Oberst hat nichts weiter gesagt, als daß viele Briefe mit beleidigenden Aufschriften bestellt worden seien und Sendungen, in denen sein Vorgehen gelobt würde, nicht bestellt wurden. Ich habe nun darauf nichts weiter erklärt, als daß die Tatsachen, die der Herr Oberst erwähnt hat, richtig seien, und dabei muß ich auch bleiben. Ich würde mich ja der Verschweigung von Tatsachen schuldig machen, wenn ich das nicht bekunden würde. (Sehr richtig! rechts.) Eine weitere Tatsache, die ich nicht verschweigen kann, ist, daß eine Untersuchung eingeleitet wurde und sich dabei ergeben hat, daß Briefe mit sehr pöbelhaften Bezeichnungen bestellt wurden, die bei etwas mehr Aufmerksamkeit hätten zurückgestellt werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wie können Sie also sagen, ich als Chef habe meine Beamten preisgegeben? Wohin soll das führen, wenn Sie den Worten etwas anderes unterlegen, als ihr Sinn bedeutet? Besonders merkwürdig ist, daß diese Vorwürfe wegen angeblicher Beleidigung der Beamten von sozialdemokratischer Seite kommen. Schlagen Sie doch an Ihre eigene Brust! (Lebhafte Zustimmung rechts; große Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Sind nicht von Ihrer Seite häufig die schwersten Anschuldigungen gegen Beamte ausgesprochen worden? (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Tawohl, von Ihnen! Da sind Sie nicht so feinfühlig, und da haben Sie Ihre Anschuldigungen nicht widerrufen, sobald ich es anhat habe, daß sie nicht richtig seien. Erst bei den dritten Lesungen, nachdem ich mehrfach erklärt habe, daß es nicht schon bei derartigen unrichtigen Beschuldigungen vorzubringen, sind von Ihrer Seite Mißerfolge erfolgt. Jetzt auf einmal aber erklären Sie es für ein fürchterliches Verbrechen, wenn der Oberst von Reuter sagt, es seien ihm Postkarten mit schmer beleidigenden Ausdrücken bestellt und Postkarten mit laubenden Äußerungen nicht bestellt worden. (Beifall rechts.)

Abg. Raden (Zentrum): Der Notet ist diesmal recht vorzüglich aufgestellt. Erreichlich ist, daß die Verwaltung sich entschlossen hat, Postbriefe einzuführen. Auch daß sie mehr Maschinen in ihren Dienst stellt, verdient Anerkennung. Das Postgesetz bringt allerdings nur keine Verbesserung. Die Durchführung der Sonntagsheftung muß sich ermöglichen lassen. Das Rheinland braucht bessere Telephonverbindungen. Den Postlagereverkehr müssen wir einschränken. In Frankreich dürfen Postlagerstätten an Mädchen unter 18 Jahren nicht ausgeschrieben werden. Amerika geht noch härter vor. Hier einzuführen, fordert der Selbstbehaltungsstreik des deutschen Volkes. Die bestehenden Kronenposten reichen nicht aus. Die Verwaltung muß ihnen im Notfall helfen. Erreichlich ist die starke Zunahme des Paketverkehrs nach dem Auslande. Die Exportindustrie wendet sich an unsere Kolonien mit gutem Erfolge. Wir brauchen auch einen schnelleren Geschäftsverkehr nach dem fernen Osten. Im allgemeinen ist die Postverwaltung dem enormen Wachstum des Verkehrs gerecht geworden. Die Vermehrung darf aber nie veranlassen, daß sie dem Verkehr dienen muß. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetke: Ich möchte zur Kenntnis bringen, daß China dem Weltpostverein beitreten ist und schon in diesem Jahre in Madrid an der Konferenz als Mitglied erscheinen wird. (Beifall.) Dadurch werden wohl die Schwierigkeiten behoben werden, die gegenwärtig

hand, die unermüdlich schaffte und sich schüßend über seine Tochter gebreitet hatte.

Anna sagte einige Worte des Willkommenens, dann schritten die drei durch den Bahnhof. Rätchen in der Mitte, die heider Hand hielt.

„Sie sehen ja vorzüglich aus, Herr von Dennewitz,“ sagte Anna, als sie in der Droßkoff Quisiana zurücktrat.

„Es geht mir auch gut. Die Luft der Berge war köstlich, aber der Arzt wollte doch noch eine Baderkur hier, und ich bin gern gekommen.“

Sie waren in der Villa angelangt. In der Laube war der Kaffeetisch gedeckt. Auch Ellen gesellte sich zu ihnen, und als Anna den duftenden Trank einschenkte und den selbstgebackenen Streufelkuchen geschnitt, sagte Dennewitz:

„Es ist mir, als käme ich nach langer Wanderschaft nachhause.“

In seinem Zimmer stand blühender Flieder, und Maiglöckchen dufteten.

Rätchen blieb beim Vater. Sie erzählte lebhaft von der Schule, und wie gut das „Mütterchen“ für sie gesorgt habe.

— Frau von Werdenstätt schrieb, daß sie mit ihrem Bruder, der Witwer war, nach Biarritz gehe. Sie ließ sich ihre Toiletten nachschicken und war voll freudiger Erwartung, das Modestad kennen zu lernen.

Bald nachdem Dennewitz angekommen war, traf auch Fräulein von Olfersburg in Wiesbaden ein. Die Reise hatte die alte Dame sehr angegriffen. Sie sah so elend aus, daß Anna und Ellen erschrafen.

„Hätte Mama das gewußt, sie hätte nicht zugegeben, daß ihre Zimmer von einer so schwer Leidenden benutzt werden,“ sagte Ellen. „Sie meinte, es wäre ihr schrecklich, wenn sie hier stürbe.“

bei der Absendung von Geschäftspapieren und Druckfachen nach China obwalten. Bei der Entwidlung des Brieftelegraphenverkehrs gehen wir jedenfalls so schnell als möglich vorwärts, ja sogar schneller als andere Verwaltungen. Schon in diesem Jahre wird der Plan zur Ausführung gelangen, daß die Aufgabe von Brieftelegraphen nicht, wie bisher, erst von 7 Uhr abends an, sondern schon von 5 Uhr an erfolgen darf. 28 weitere Telegraphenämter sind für diesen Verkehr eingestellt worden. (Beifall.) Es ist beabsichtigt, jetzt auch mit Österreich und Ungarn bezüglich der Brieftelegrame in ein näheres Verhältnis zu treten. Den Wunsch nach größerer Verbreitung der Automaten teilt auch die Postverwaltung. Nur ist die Apparate einzuweisen noch ziemlich teuer, und wir halten es für richtig, das allmähliche Herabgehen der Preise abzuwarten, ehe wir mit der Aufstellung von Automaten in größerem Umfang vorgehen. Automaten, die früher über 1000 Mark kosteten, sind jetzt um die Hälfte dieser Summe zu beziehen. Die Maschinen für Einschreibebriefe finden im großen Publikum keinen rechten Anhang, da sie nur eine Nummer, aber nicht den Namen des Briefschreibers registrieren können. Deshalb können nur größere Geschäfte, die Postaufgabebücher haben, sich mit einer solchen maschinellen Bestätigung zufrieden geben. Die Einrichtung der Postbriefe werden wir bald treffen können. Die Telegraphenverbindung zwischen Berlin und Köln läßt gewiß manches zu wünschen übrig. Die Einrichtungen einer unterirdischen Telegraphenlinie nach Köln werden beschleunigt und dürften in etwa zwei Jahren abgeschlossen sein. Die Postlagerbriefe sind eine sehr ernste Frage, die uns eifrig beschäftigt. Zweifellos wird diese Einrichtung vielfach benutzt, um Briefwechsel zu führen, der von den Angehörigen nicht gewünscht wird; aber es bestehen auch große Schwierigkeiten für die Postverwaltung, um dieses Übel zu beseitigen. Wenn die Beamten erst Ausweispapiere verlangen sollten, so würde das zu kolossalen Hemmungen des ganzen Verkehrs führen. Wir müßten unser Personal für Postlagerbriefe um das Dreifache vermindern, und der Reiseverkehr würde sehr umständlich werden. Und doch sind neue Erhebungen im Gange, ob und in welcher Weise etwas geschehen kann, um die Bestrebungen zur Befreiung des illegitimen Verkehrs zu fördern. Erfreulicherweise sind den Krankenkassen bereits 82 000 Unterbeamte mit 209 000 Angehörigen beigetreten. Wir haben nicht die Absicht, die Anstellung von weiblichen Beamten über das Maß hinaus zu vermehren. Wir stellen Beamtinnen nur bei den Fernsprechämtern ein, da sie dort viel nützlicher als männliche sind, weil sie manche männliche Bemerkung, die beim Telephonverkehr kaum zu vermeiden sind, leichter ertragen als die Männer. (Heiterkeit.) Bei den Zuwendungen an bedürftige Beamte sind wir gezwungen, genau das Bedürfnis zu prüfen. Wir sparen an den Fonds nicht, sondern geben uns nur Mühe, die ganz Bedürftigen herauszufinden.

Abg. Beck-Heidelberg (nationalliberal): Bei der Aufstellung des Etats ist berechtigte Voricht geübt worden. Die Erfahrungen der letzten Jahre mahnten dazu. Die Leistungen der Bahn bei der Beförderung von Postpaketen ist ja gewiß nicht gering, aber man soll sie nicht übertreiben; denn auch die Post leistet viel für die Bahn. Das fiskalische Interesse darf nicht in den Vordergrund treten. Die Hauptfrage ist das Interesse der Allgemeinheit. Aber da wir ohne die Überschüsse nicht mehr auskommen, müssen wir die Post leistungsfähig erhalten. Die Postverwaltung, ihr Etat ist ein Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Das Weltporto und das Drisporto muß verbilligt werden. Die Besoldungsverhältnisse sind sehr reformbedürftig. Das beweisen die vielen Petitionen. Das Recht eines Beamten als Staatsbürger, das Petitionsrecht, muß gewahrt bleiben. Die Verwaltung sollte den Beamtenwünschen mehr entgegenkommen zeigen. Die Anstellung von Frauen sollte man nicht einschränken. Die Krankenkassen müssen ausgebaut werden. Eine Mitversicherung der Familienmitglieder erscheint wünschenswert. Die Verwaltung sollte versuchen, den Wünschen des Publikums in Bezug auf Verbilligung und Beschleunigung des Verkehrs gerecht zu werden. Auch das Sparen könnte durch die Post erleichtert werden.

Abg. Dr. Dertel (konservativ): Der Anerkennung des Etats durch meine Vorredner schließen wir uns an. Die Überschüsse der Post brauchen wir. Fiskalische Interessen sind nicht

Das alte Fräulein lag einige Tage zu Bett, dann begann sie mit den Bädern. Diese vermehrten zunächst ihre Schmerzen. Anna suchte sie zu trösten; sie erklärte, daß dies oft zu Anfang der Kur der Fall sei.

Eine besondere Vorliebe schien Fräulein von Olfersburg für Ellen gefaßt zu haben. Sie bat sie oft, bei ihr zu bleiben, und erregte sich an ihrer Musik, die sie selbst in jüngeren Jahren eifrig betrieben hatte. Oftmals begleitete Ellen die Dame auf ihren Spazierfahrten und nach dem Kurhause oder sah bei ihr auf einem schattigen Plätzchen.

„Sie kennen meinen Neffen, Heinz von Eckern?“ sagte die alte Dame eines Tages.

„Ja, gnädiges Fräulein.“

„Er verkehrte wohl viel in Ihrem Hause?“

„Er war meines Vaters Adjutant.“

„Ich bat ihn, mich hier zu besuchen, aber er glaubte, meinem Wunsche nicht nachkommen zu können.“

Ellen schwieg und beugte sich auf die Stühle in ihrer Hand. Ein leises Rot färbte ihr Gesicht; sie brachte das Gespräch auf andere Dinge.

So oft Fräulein von Olfersburg das Gespräch auf Eckern brachte, wurde Ellen einsilbig, bis es zuletzt der Kranken auffiel.

„Halt,“ dachte sie, „da ist etwas nicht in Ordnung! Auch der Junge, der Heinz, brach das Gespräch ab, wenn es auf Ellen von Werdenstätt kam. Sollte sie ihm einen Korb gegeben haben? Das läte mir leid, denn sie gefällt mir sehr.“

— Ende Mai waren alle Zimmer in der Pension und im Nebenhause besetzt, und Anno hatte alle Hände voll zu tun. Zu den Mahlzeiten saß sie an der Spitze der langen Tafel, und

allein maßgebend, aber sie können nicht ganz zurückgedrängt werden. In der Presse liegt sich's immer, als ob Deutschland das rückständigste Land in Bezug auf die Post ist. Aber unsere Post kann sich in Wahrheit vor dem Auslande sehen lassen. (Zustimmung rechts.) Viele Wünsche werden ja aus dem Publikum geäußert, aber es geht nicht an, alles einzuführen. Manche Neuerungen erwies sich nachher als unnütz, wie z. B. die Kartenbriefe. Die Postbestellungen genügen meiner Ansicht nach vollkommen. Eher könnte im Interesse größerer Ruhe an eine Einschränkung gedacht werden. Die Zeitungsbeförderung läßt zu wünschen übrig. Zeitungsordnung steht leider nur auf dem Papier. Hoffentlich kommt eine neue Fernsprechgebührenordnung. Die unnütze Fernsprechei sollte eingeschränkt werden. Wir leiden unter der übermäßigen Anwartschaft. (Zustimmung rechts.) Die währenden Anwartschaft. (Zustimmung rechts.) Die Dienststunden der Fernsprechämter auf dem Lande sollten einheitlich geregelt werden. Wir wollen den Beamten das Petitionsrecht nicht verkümmern, aber sie sollten ihre Wünsche immer erst ihren Vorgesetzten vortragen, ehe sie sich an den Reichstag wenden. Sonst gibt es hier eine Hochflut von Petitionen. (Zustimmung rechts.) Die Wünsche der Postagenten verdienen Berücksichtigung. Ich bin kein Freund der Frauenemanzipation, habe aber gegen eine Beschäftigung der Frauen an sich nichts einzuwenden. Aber sie dürfen nicht den Männern die Beschäftigung nehmen, vor allem dürfen sie nicht Vorgesetzte von Männern sein. Das würde zu einer Verwirrung führen. Eine Beschäftigung der Frau als Fernsprechistin entspricht nicht ihrer Eigenart. (Zuruf: Ja!) Nein, die Ärzte sind anderer Meinung, da das Nervensystem darunter leidet. Im Falle Zabrern konnte der Staatssekretär garnicht anders handeln.

Staatssekretär Kraetke: Wir sind stets auf Besserung der Verhältnisse des platten Landes bedacht, namentlich im Telephonverkehr. Wenn eine neue Gebührenordnung für den Fernsprechverkehr kommen wird, kann ich noch nicht sagen. Die Beschäftigung weiblicher Beamten hat sich vermehrt. Auch den Postagenten gilt unser größtes Wohlwollen, aber eine einheitliche Gehaltskala ist nicht möglich.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt; vorher kurze Anfragen, außerdem Kolonialetat.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Frühlingsboten.

Von Dr. L. A. Neßgen.

Die Zahl der Frühlingsboten aus dem Pfälzerlande reiche ist Legion, einer flehlicher als der andere und alle mit gleicher Freude begrüßt. Sie sind doch das unverkennbarste Zeichen des neuwachenden Lebens, das an die Stelle des starren Tobes getreten ist und nun zu immer reicherer, herrlicherer Entfaltung drängt. Schon das erste grüne Blatt am dünnen grauen Zweige, das erste grüne Halmchen auf erstarrter Flur — welche Wärme, und jubelnd fühlen wir's dem Dichter Bodenstedt nach:

Wenn der Frühling auf die Berge steigt,
Und im Sonnenstrahl der Schnee zerfließt,
Wenn das erste Grün am Baum sich zeigt
Und im Gras das erste Blümlein sprießt;
Wenn vorbei im Tal
Nun mit einem Mal
Alle Regenzeit und Wintersqual;
Schallt es von den Höhen
Bis zum Tale weit:
O wie wunderbar
Ist die Frühlingszeit!

Und nun die hochwillkommenen Schneeglockchen, die Frühlingsboten im eigentlichen Sinne! Es ist merkwürdig, daß in den südlicheren Ländern, wo man diese bescheidene Blume, die ja im Grunde genommen zu den mildwachsenden Unkräutern gehört, nicht kennt, auch keine Spur von Frühlingshoffen und Lenzesfreude zu finden ist. Der Südländer ist durch die köstlichen Spenden, die ihm die gütige Natur fortwährend in überreicher Fülle darbietet, so verwöhnt, daß er das Hochgefühl nicht versteht und zu würdigen weiß, mit dem wir das erste sichtbare Zeichen des neuwachenden Lebens begrüßen. Wir wissen's:

ein leises Wort, ein Blick von ihr sagten den beiden gut geschulten Mädchen, was sie tun sollte.

Dennewitz und Rätchen saßen neben der Hausfrau; sie hatten sich dies ausgebeten. Die Aufmerksamkeit, die Dennewitz Anna widmete, hing bereits an, aufzufallen. Wenn die Tafel aufgehoben war, saßen die Schwestern oft, in der irgendeiner häuslichen Arbeit beschäftigt, in der schattigen Laube; Dennewitz und sein Tochterchen fehlten dann nie. Oft las er ihnen vor und erzählte von seinen Wanderungen durch die Berge, oft auch sah er behaglich im bequemen Stuhle zurückgelehnt und sah den Rauch aus dem gelben Zigarre nach —

Ellen beobachtete Dennewitz heimlich. Sie, die selbst liebte, merkte die stille Verehrung des Mannes für die Schwester. Aber konnte das bisher ruhige Herz Annas erwacht sein? Nichts wo die erste Jugend sie verlassen hatte? Dennewitz sprach dafür. Ihr Betragen gegen Dennewitz blieb stets gleich ruhig. Nur zuweilen hatte über Stimme einen besonders weichen Ton, wenn sie mit Dennewitz sprach, und ein mädchenhaft schüchtern Ausdruck trat in ihre Augen, wenn sie ihn anschaute. Konnte ihre „Mutterchen“, wie die jüngeren Geschwister das „Mütterchen“ nannten, konnte auch sie mit ihren siebenundzwanzig Jahren ihr Herz der Liebe erschließen? Ellen war zu sehr fühlend, um eine indiskrete Frage zu tun. Sie meinte, Dennewitz kennen lernen, desto höher stieg er in ihrer Wertschätzung. Ja, diese beiden Mannern schienen paßten zueinander. Er ein ganzer Mann in Charakter und Ansichten und sie ein Weib in des Wortes edelster Bedeutung. — Und wie schen ihnen das Kind, das sie beide liebten.

(Fortsetzung folgt.)

Schneeglöckchen tut läuten:
Klingelring!
Was soll das bedeuten?
Es gar ein lustig Ding!

Es ist nicht bedeutungslos, daß die erste Blüte, die das Leben des Lenzes kündigt, zu den Glockenblütern gehört und eine weiße Hülle trägt, die durch einen zarten, grünen Streifen verbrämt ist? Weiß ist die Farbe der Unschuld, und rein, keusch soll die Freude sein, die das Herz beim Erwachen des Lenzes erfüllt! Wehe, wenn unläutere Gedanken dann in einer Menschenbrust Platz finden mögen! Grün ist aber die Farbe der Hoffnung, denn die Frühlingsfreude ist erst im Entstehen und weht auf eine immer wachsende, sich nie erschöpfende Fülle hin. Und endlich die Glode! Sie ruft zur Andacht im Frühlingsdome, deren Beginn sie verkündet, und wo immer dankbare Menschenherzen im Heiligthum der Natur sich zusammenfinden, da werden sie auch des göltigen Schöpfers gedenken, „der alles so herrlich regiert.“ So ruft das Schneeglöckchen zum Morgengotteshaus der weiten Schöpfung, wo die Veröhnung von Himmel und Erde gepredigt wird:

Mag Winter auch
Mit eifrigem Hauch
Zurück sie reißen in das Reich der Toten.
Es traug uns nie
Der Lenz, der sie
Gespendet hat als seine ersten Boten.

So hart und klein,
So leuchtend rein
Stehst du im Kleid, aus Licht und Schnee gewoben,
Berühmte laut
Dem, der sie schaut,
Der Erde Bündnis mit dem Himmel drohen!

Dem Schneeglöckchen reißt sich würdig das Weilchen an. Blau ist sein Gewand, und am wohlsten fühlst es sich, wenn es sich, geschützt von den blendenden Sonnenstrahlen, in Schatt der Besten seines Daseins freuen kann. Da gedeiht es am besten, leuchtet es am reinsten, duftet es am lieblichsten. Ist das nicht die Art der echten Treue, deren unvergleichliches Sinnbild das Weilchen ist? Sie drängt sich nicht auf, aber sie unauffällig sie sich äußern kann, umso herrlicher leuchtet sie! Aber die Treue ist sich auch ihres Wertes bewußt. Darum antwortet sie mit dem Weilchen auf die Frage:

Ei Weilchen, liebes Weilchen,
So lag doch einmal an:
Warum gehst du ein Weilchen
Den Blumen alle voran?
Weil ich bin gar so kleine,
Dum kam ich vor dem Mai;
Denn kam' ich nicht alleine,
So gingt ihr mit vorbei!

So einen sich in diesem Lenzboten stille Weisheit und edler Stolz zu den herrlichsten Tieren echt deutscher Treue. Endlich hebt dann auch das Himmelskisselchen sein goldenes Haupt aus schwebendem Riesenteppich empor, um gewissermaßen das Paradies der Lenzstreu ganz zu erschließen. Wir unterscheiden bekanntlich unter den 146 Arten zwei Hauptarten dieser Frühlingsboten: die eine, *primula alata*, zeichnet sich, wie ihr Name sagt, durch einen besonders langen Stengel aus, an dem die lichtgelben Blüten büschelartig hängen; die andere, *primula veris*, erscheint etwas später, hat einen kürzeren, gebogenen Stengel, und ihre Blütenkelche sind mehr dunkel-gelb gefärbt, während sie in ihrem Innern — das ist das deutlichste Unterscheidungsmerkmal — fünf bräunliche Punkte erkennen lassen. Auch ist ihr Duft ungemein intensiver, als bei der ersterwähnten Art. Ihr offizieller Name ist übrigens nicht *primula veris*, sondern *primula officinalis*, da sie zur Bereitung eines wohlschmeckenden Tees und als herz- und nervenstärkendes Mittel Verwendung findet. Nach dem Volksglauben soll sie verborgene Schätze erschließen. Welcher Art diese sind, ist nicht schwer zu erraten: der Glaube an das endliche Leben des Lenzes mit all seiner Herrlichkeit. Daher ruft ihr Lenau zu:

Liebliche Blume, *primula veris*!
Habe, dich nenne ich Blume des Glaubens...
Blume, du glaubst es, daß der erlehnte,
Göttliche Frühling endlich gekommen.
Stneß die Brust ihm: aber es dringen
Lauernde Fröste tödlich ins Herz dir.

So wird dem gemüthlichen Dichter die liebliche Blume ein ernstes Sinnbild verschwundenen Liebesglüdes:

Mir auch im Herzen blühte vor Zeiten
Süßener denn alle Blumen der Liebe
Primula veris!

Schier unermesslich ist die Zahl der Frühlingsboten, die sich auf den ersten Ruf des Lenzes, einer nach dem anderen, einfinden, gespornt dem Aufwachungsrufe, der in diesen Tagen an sie ergeht: Ihr Weilchen in des Waldes Gründen,
Ihr Primel weiß, ihr Blüten rot,
Ihr sollt es alle mitverfünden:
Die Lieb' ist stärker als der Tod!

Wissenschaft und Kunst.

Der „Breslauer General-Anzeiger“, der jüngst einen Artikel des Geheimrats Necker gegen die Angriffe auf das Salvarian veröffentlicht hat, teilt mit, daß eine große Zahl hervorragender Forscher aus der ganzen Welt ihr Einverständnis mit den Necker'schen Ausführungen erklärt hat. Unter ihnen befinden sich 82 Direktoren königlicher Universitäts-Kliniken, sowie Leiter und Oberärzte von Krankenhäusern, ferner aus Österreich-Ungarn, Preußen, Deutschland, Rumänien, Dänemark, Holland, ferner 123 Spezialärzte.

Ober der Wissenschaft. Der australische Gelehrte Dr. Fox, der kürzlich vor Vertretern der Wissenschaft sein Antitoxin gegen Salsangbisse (den Vorführung seines Mittels in zoologischen Gärten in Kalkutta getrieben). Er war von einer Giftschlange an fünf Stellen am Handgelenk gebissen worden. Fox, der sich öfter von Giftschlangen

hatte heißen lassen, um die Wirkung seines Antitoxins vorzuführen, machte an vier Stellen Einschnitte, überließ aber die fünfte. Am späten Nachmittag zeigten sich Vergiftungserscheinungen; als man die fünfte Wunde entdeckte, war es jedoch zu spät, da das Antitoxin nur wirkt, wenn es unmittelbar nach dem Biß angewandt wird.

Die Abstinenzler und Die Deutschen Turner.

Leipzig, 1. März.

(Geheimrat Dr. Götz unter Auflage.)

Vor dem Schöffengericht hatte sich gestern der weltbekannte Vorkämpfer der deutschen Turnerschaft Geh. Sanitätsrat Dr. Ferdinand Götz wegen Verleumdung des Prof. Dr. Hartmann aus Leipzig, eines eifrigen Förderers der Abstinenzbewegung, zu verantworten. Dr. Hartmann pflegte nach jedem größeren Turnfest auf die Kommerz hinzuweisen, die den breitesten Raum während der Feste eingenommen hätten und die seinen günstigen Einfluß auf Körper und Geist der deutschen Turner ausübten. Das große deutsche Turnfest in Leipzig im Juli vergangenen Jahres gab Dr. Hartmann wiederum Veranlassung, in den „Mähligkeitsblätter“ eine Abstinenzversammlung zu erwähnen, die während der Leipziger Turnertage einen würdigen Protest gegen die zahlreichen Kommerzbeiben übermäßig viel getrunken worden sei, darstellte. Dr. Hartmann meinte, daß die edle Turnerschaft sich nur deshalb nicht in ihrer ganzen segensreichen Wirkung entfalten könne, weil sie zu stark mit dem Alkohol in Verbindung stehe. Die Reklameschreiber der Brauereien während der Leipziger Feste hätten der Turnerschaft bewiesen, wie sehr die Brauereien auf die deutschen Turner einwirkten. Schlimmer als bei den Zechgelagen sei es an jenen Stellen hergegangen, wo die Göttin Venus herrschte; namentlich halberwachsene Turner, junge Bürschchen, habe man dort nachlässiger beobachtet können. Diese sollte man überhaupt von den großen Turnfesten ausschließen. Die deutsche Turnerschaft müsse sich endlich aufrufen und im Geiste des Turnvaters Jahn für die alkoholfreie Jugend-erziehung einsetzen. — In der „Deutschen Turnerschaft“ antwortet der Vorkämpfer der deutschen Turnerschaft Geh. Sanitätsrat Dr. Götz einige Zeit später unter der bezeichnenden Überschrift „Hartmannia“. Dr. Götz schrieb u. a., daß Prof. Dr. Hartmann immer nach fröhlichen Turnertagen alle seine mathematischen Kenntnisse zusammenfasse, um aller Welt vorzureden, welche ungeheuren Mengen Alkohol die lieben Turner konsumiert hätten. Es dürfe daher nicht Wunder nehmen, daß auch jetzt wieder ein solch „liebenswürdig“ Artikel das Licht der Welt erblickt habe, der klar beweise, wie weit öder und blinder Fanatismus einen Lehrer bringen könne, der den Anspruch erhebe, deutsch zu fühlen und deutsch zu denken. Das ganze bei dem Feste getrunbene Bier nur auf die deutschen Turner zu schieben und die 2 bis 300 000 anderen Festteilnehmer nicht zu rechnen, haben wir dem Mann abge- wohnt. Für schäblich er nun die Unsitlichkeit der Turner, Jahnem und Herausdrängen in die Bordelle mit glühenden Farben. Und das alles, was er so bewußt schäblich, schiebt er auf den Alkoholgenuß der Turner. Lassen wir den Mann seine traurigen Wege gehen und möge er die in der „Deutschen Turnerschaft“ veröffentlichten Briefe bzw. Aussprüche der beiden Geistlichen lesen, die die mit Lüge und Verleumdung aufgepumpte Sache vom Standpunkt klarer und wohlwollender Männer besprechen. Schließlich behauptet Dr. Götz in dem Artikel, daß es eines deutschen Lehrers unwürdig sei, im blinden Fanatismus die große deutsche Turnerschaft zu verunglimpfen. — Einen anderen Artikel, in dem wiederum die Anschuldigungen Hartmanns erwähnt wurden, verfasste Dr. Götz, als ein Artikel in den „Mitteilungen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins“ sich mit dem Alkoholgenuß der deutschen Turner befaßten. In der Verhandlung sprach Dr. Götz sein Bedauern darüber aus, daß sich das Gericht überhaupt mit der Sache beschäftigen müsse. Nur der Mangel an gutem Willen auf der Gegenseite habe einen Vergleich verhindert. Er sei seit 54 Jahren Vorkämpfer der deutschen Turnerschaft und auf ausdrückliche Aufforderung aus allen Kreisen der Turnerschaft habe er sich für verpflichtet gehalten, energisch gegen Dr. Hartmann aufzutreten. Er könne sich auf den König von Bayern berufen, der jüngst erst die Abstinenzbewegung mit ihren Übertreibungen verurteilt habe. Dr. Hartmann verwahrte sich dagegen, daß er die deutsche Turnerschaft mit seinem Artikel verunglimpfte habe. — Das Gericht verurteilte Dr. Götz wegen Verleumdung zu 60 Mark Geldstrafe und sprach dem Kläger die Befugnis zu, das Urteil in der „Deutschen Turnerschaft“ zu veröffentlichen. Das Gericht billigte an und für sich den Gehalt des Paragrafen 193 Dr. Götz zu, in der Form sei er jedoch zu weit gegangen, deshalb müsse eine Befristung erfolgen. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß er trotz seines hohen Alters noch unbestraft sei.

Mannspaltiges.

(Berliner Leben.) Der Tango, der anderswo langsam aus der Mode kommt, erhält sich in Berlin hartnäckig. Jetzt hat sich auch die spekulative Gastwirtschaft seiner bemächtigt; in einem Weinstock der Friedrichstadt wird, wie große Inserate verkünden, allabendlich von einem preisgekrönten Tanzmeister dem Publikum unentgeltlich Unterricht im Tango-Tanzen erteilt.

In den Hochwassergebieten der Ostsee ist, wie die beim ständigen Hochwasserkomitee einlaufenden dringenden Berichte erkennen lassen, der angerichtete Schaden noch garricht abzusätzen, aber jedenfalls weit größer, als bisher angenommen werden durfte. Zur Vinderung des über viele brave und fleißige Familien hereingebrochenen unbeschreiblichen Elends muß daher erneut und gewiß nicht vergebens an alle diejenigen appelliert werden, denen Wohlthun ein Herzensbedürfnis ist. Es gilt unverzüglich Notstände so rasch wie möglich zu beseitigen. Geldgaben werden erbeten an die Provinzial-Komitees, die bekannten Poststellen oder an das Bureau, Berlin N.W. 40, Alsenstraße 10.

(Die Zahl der Selbstmorde infolge von Alkoholismus) betrug in Preußen im Jahre 1912 nach amtlicher

Quelle 635, gegen 609 im Jahre 1911, das sind 7,3 v. H. aller Selbstmordfälle. Dabei kann kein Zweifel sein, daß der Anteil des Alkohols an den Selbstmorden hiermit noch nicht erschöpft ist; spielt dieser doch erfahrungsgemäß auch bei anderen Ursachen der Selbsttötung wie Geistes- und Nervenkrankheiten, Lebensüberdruß im allgemeinen, körperliche Leiden, Kummer, Trauer und Reue u. s. v. vielfach stark mit.

(Rückgang des Bierverbrauchs.) Mit der Ausdehnung des Sports und der Enthaltbarkeit geht der Bierverbrauch im deutschen Reich immer mehr zurück. Nach der amtlichen Statistik fiel er innerhalb eines Jahres in Bayern von 246 auf 237 Liter für den Kopf der Bevölkerung, in Württemberg von 178,8 auf 166,5, im norddeutschen Brauereigebiet von 83,3 auf 78,6 Liter. Ein schließlich der Übergangsabgaben erbrachte die Brauerei im Reich, da infolge des rückgängigen Bierverbrauchs naturgemäß auch die Bierproduktion zurückging, nur 140,7 Millionen gegen 145,3 Millionen Mark im Jahre vorher.

(Tod infolge einer verweigerten Operation.) In Weinheim (Bayern) ereignet ein merkwürdiger Todesfall in einem Krankenhause das größte Aufsehen. Ein zweijähriges Mädchen Kaiser wurde wegen schwerer Diphtheritis von zwei Ärzten in das Krankenhaus zur Operation gebracht, weil ein anderer Operationsaal nicht zur Verfügung stand. Die Operation hätte sofort vorgenommen werden müssen. Die Oberin Schwester verweigerte aber den Ärzten den Eintritt in den Operationsaal, weil Frauen darin seien und beharrte bei ihrer Weigerung, obwohl die Ärzte auf die Gefährlichkeit des Falles hinwiesen und erklärten, daß das Kind ersticken müßte, wenn die Operation nicht sofort vorgenommen werde. Auch dies half nichts. Das Kind starb nach einer halben Stunde. Mit dem Fall hat sich die Staatsanwaltschaft bereits befaßt, um Wiederholungen solcher Vorgänge zu verhüten.

(In die Fremdenlegion geraten) sind wieder vier Deutsche, wie aus dem Inhalt einer verforten Flasche hervorgeht, die oberhalb Mainz im Rhein gelandet wurde. Der Zettel lautet: „Wir sind zur Fremdenlegion verschleppt worden. Beireit uns schnell. Wilhelm Spohn, Ad. Rauschbold, Ludwig Goß und Paul Hartenburg, sämtlich aus Worms.“ Der Zettel ist aus Straßburg vom 1. Dezember 1913 datiert. Von einem der Genannten, Ludwig Goß, konnte bereits festgestellt werden, daß er seit dem 1. Dezember von seinen Angehörigen vermisst wird.

(Der weiße Tod.) Nach Meldung aus Chables (Wallis) wurden bei der Besteigung des Rosablanche die drei Schweizer Touristen Meylan, Detan und Marmillod von stürzenden Schneemassen verschüttet. Alle drei sind tot.

(Ein deutscher Dampfer an der marokkanischen Küste aufgelaufen.) Nach Meldungen aus Ceuta ist der Hamburger Dampfer „Zanzibar“ am Montag früh um 5 Uhr beim Kap Cris, nordwestlich von Ceuta, aufgelaufen, während der Kapitän auf der Reede von Tanger zu sein glaubte. Der spanische Kreuzer „Estre-

madura“ und drei Kanonenboote sind von Algeciras nach der Unfallstelle abgegangen. Die Entsendung spanischer Kriegsschiffe an die Unfallstelle hat den Zweck, einen etwaigen Angriff der Kabylen zu verhüten, der jedoch am Vormittag noch nicht stattgefunden hat, und den Dampfer, wenn möglich, abzuschleppen. — Auf die Nachricht von dem Auflaufen des Dampfers „Zanzibar“ hat der auf der Heimreise begriffene deutsche Kreuzer „Kondor“, der Montag in Tanger eintreffen sollte, sofort Befehl erhalten, sich zwecks Hilfeleistung zur Unfallstelle zu begeben. Die Mannschaft des Dampfers „Zanzibar“ ist vom Raub in Tanger gastlich aufgenommen worden.

(Das erste deutsche Krankenhaus in Brasilien) wird demnächst errichtet werden. In einem Lande, das über 500 000 Deutsche zählt, ist ein solches ein dringendes Bedürfnis. Der Frauenhilfe fürs Ausland, e. B., die ihren Sitz in Wittenberg, Bezirk Halle, hat, gebietet das Verdienst, die Anregung dazu gegeben und die Verwirklichung ermöglicht zu haben. In Porto-Alegre in der Provinz Rio Grande do Sul hat sie zu diesem Zweck ein Grundstück erworben, und dem Eifer und Geschick ihres ständigen Vertreters in Brasilien, Propst Vic. Braunshweig, ist es gelungen, die Deutschen in Porto-Alegre in solchem Maße für diesen Gedanken zu interessieren, daß der Verband der deutschen Vereine bisher schon über 400 000 Mark für diesen Zweck aufgebracht hat. In einigen Monaten wird die Grundsteinlegung stattfinden.

Humoristisches.

(Der Geburtstag.) „Betty scheint in besserer Laune zu sein.“ — „Ja, sie ist froh, daß sie ihren dreißigsten Geburtstag in Sicherheit überstanden hat!“ — „Oh! War sie denn in Gefahr?“ — „Das nicht gerade! Ich meine, daß sie über den Tag hinweg kam, ohne daß jemand unliebenswürdig genug war, sich derselben zu erinnern!“ (Schwierig.) Kommerzienrat: „Ehe ich Ihnen die Hand meiner Tochter gebe, muß ich mich persönlich von Ihrer Tüchtigkeit überzeugen.“ — Nehmen wir an, es wäre plötzlich eine neue Eiszeit angebrochen, und Sie hätten den Schrant voll Aktien von Kunitzfabriken — nun schwagen Sie mir mal die an den Hals!“ (Tischgespräch.) „Also Sie glauben wirklich, daß dreizehn bei Tisch Unglück bringen?“ — „Aber gewiß; denken Sie sich, meine Gnädige: wir waren einmal dreizehn bei Tisch, und da war ein entzückendes junges Mädchen.“ — „Sind sie gestorben, die Arme?“ — „Nein, ich habe sie geheiratet!“

Vom Licht durch Kohle zum Licht. Unsere künstlichen Lichtquellen greifen letzten Endes auf die von der Sonne abgegebene Energie zurück. Die Kohle verdrängt solche Sonnenenergie ebenso, wie die gewaltigen Wasserkräfte auf das Wirken der Sonne zurückzuführen sind. Mit der Kohle im Inneren der Kohleenergie treiben wir unsere Dampfmaschinen, mit Wasserkraft treiben wir unsere Turbinen, und in den angekuppelten Dynamos setzen wir die mechanische Energie in elektrische um. Die Elektrizität wandelt sich dann wieder in Licht in unseren Glühlampen. Der ganze Weg bringt natürlich viel Verluste mit sich, nicht in dem Sinne, daß irgend etwas an Energie verloren geht, sondern in dem Sinne, daß es sich in eine für den jeweiligen Zweck nicht erwünschte Energieform umsetzt. Jede Möglichkeit, einige Prozente dieser Verluste zu sparen, ist für die Gesamtheit von ungeheurer Bedeutung, und die rastlose Arbeit unserer Ingenieure bemüht sich mit Erfolg, solche Verluste immer mehr einzuschränken. Während Edisons Kohleladenglühlampe zu Anfang auf ein Kilowatt elektrischer Energie nur etwas mehr als 220 Kerzen Licht erzeugte, steigerte die Osram-Lampe diesen Wert auf ungefähr 1000 Kerzen, und in der neuen Osram-1/2-Watt-Lampe werden aus dem gleichen Betrag an Elektrizität gar 2000 Kerzen erzeugt.

Schutz vor Bazillen



„Lassen Sie sich ja keinen losen Feigenkaffee geben. Da können allerlei Bazillen hineingekommen sein. Bringen Sie nur Weber's Feigen-Kaffee in der bekannten Originalpackung mit der Krone.“

Weber's Feigen-Kaffee wird nur in Packungen verabfolgt. Durch die geschlossenen Kartons ist der Inhalt vor Vermischung mit Staub und Bazillen geschützt. Das 40jährige Renommee der Weber'schen Marke bürgt für die gute Qualität des Fabrikates.



Für grosse Familien für sparsame Leute nur Schuhcreme

Erdal

Molkereigeräte aller Art, insbesondere Milchtransportkannen Siebe, Simer, geichte Meßbeimer, sowie Separatoren und Buttermaschinen stets auf Lager.

Fr. Strehlau,

Coppernitsstr. 15. Fernruf 414.
Reparaturen werden sorgfältig und schnell ausgeführt.
5-10 Uhr u. mehr im Hause täglich zu verb. Postkarte genügt.
Rich. Hinrichs, Hamburg 15.

